

Bezugspreis:

Wöchentlich 30 Goldpfennig voraus zahlbar. Unter Reichsbank für Deutschland, Danzig, Saar- u. Memelgebiet, Oesterreich, Litauen, Ungarn, wöchentlich 1,30 Goldmark, für das übrige Ausland 1,45 Goldmark pro Woche. Kreuzbanderbindungen nur gegen wert befähigter Zahlung. Bezugspreis für Februar 4.— Goldmark.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Wort und Bild“ mit „Siedlung und Kampfbild“, sowie der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt“ und der Frauenbeilage „Frauenwelt“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Korrespondent: Redaktion: Dönhofs 292-295
Verlag: Dönhofs 2506-2507

Donnerstag, den 7. Februar 1924

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Postfachkonto: Berlin 375 36 — Bankkonto: Direction der Deutschen Reichsbank, Postfachkonto 10000

Anzeigenpreise:
Die einseitige Anzeigenbeilage 0,70 Goldmark, Restbeilage 1,50 Goldmark. „Kleine Anzeigen“ des Freitagabends Wort 0,20 Goldmark (zwei bis drei Zeilen), jedes weitere Wort 0,10 Goldmark. Streifenbeilage des Freitagabends Wort 0,10 Goldmark, jedes weitere Wort 0,05 Goldmark. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familienanzeigen für Abonnenten 0,20 Goldmark. Eine Goldmark — ein Blatt gerechnet durch 1,20.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Gestrichelt von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Kampf um die Steuernotverordnung.

Stellung der Sozialdemokraten und Demokraten.

Heute nachmittag beginnt im Fünftehnerausschuss des Reichstages die Beratung der dritten Steuernotverordnung. Der Ausgang der Beratung wie das Schicksal der Verordnung sind ganz unbestimmt. Die Verordnung begegnet in allen Parteien heftiger Gegner. Die Stellungnahme der Sozialdemokratie wird geleitet von den Beschlüssen der Reichstagsfraktion vom 17. Januar. Darin hat sich die sozialdemokratische Fraktion dafür ausgesprochen, daß die Fragen, die in der dritten Steuernotverordnung geregelt werden sollen, nicht auf dem Weg des Ermächtigungsgesetzes, sondern auf dem der ordentlichen Gesetzgebung ihre Erledigung finden.

Von den Demokraten ist nunmehr ein Änderungsantrag gestellt worden. Danach sollen die Länder auf die Dauer von zwei Jahren das Recht haben, durch Gesetz einen Zuschlag bis zu 200 Proz. zur Vermögenssteuer einzuführen, wobei zwischen immobilien und mobilien Vermögen, zwischen landwirtschaftlichen und anderen Grundstücken, zwischen Effektenbesitz und anderen Vermögen unterschieden werden kann. Personen, die den Nachweis führen, daß sich ihr Vermögen seit 1913 um 80 Proz. verringert hat, sollen zu keinem höheren Zuschlag als 50 Proz., bei einer Verringerung um 60 Proz. zu nicht mehr als 100 Proz., und bei einer Verringerung um 40 Proz. nicht mehr als 150 Proz. herangezogen werden können. Die Grundlage für die Aufwertungssteuern soll der Vergleich zwischen der Steuererklärung von 1913 und den Vermögenswerten des 31. Dezember 1923 abgeben.

Über den Grundgedanken dieses Antrages wird sich reden lassen. Sein Schicksal wird in erster Linie abhängen von der Stellungnahme der Parteien zur Frage der Aufwertung von Forderungen. Durch die in dem demokratischen Antrag vorgesehene Vermögens- und Vermögenszuwachssteuern sollen die in der dritten Steuernotverordnung vorgesehenen Inflationssteuern ersetzt werden. Das bedeutet, daß sowohl die Besteuerung der Inflationsgewinne infolge Inanspruchnahme von Krediten, ungedeckter Ausgabe von Notgeld, Gewinnen aus Holzverkäufen usw. sowie die in Aussicht genommene Kreissteuer fortfallen. Soweit die Kreissteuer in Frage kommt, wäre das zweifellos ein Vorteil. Dasselbe gilt aber vermutlich auch von den vorgesehenen Inflationssteuern, da durchaus nicht sicher ist, ob sie auch wirklich wirksam werden. Der Vorzug des demokratischen Antrages besteht darin, daß gleichmäßig alle Vermögensbestände für die Steuerzwecke erfasst werden; kein Nachteil, daß er Vermögensverschiebungen nur unzulänglich berücksichtigt.

Der Reichsratsausschuss erledigte in seiner Mittwochsitzung zunächst die Aufwertungsfrage. Nach einigen unweilenschen Änderungen wurde dem Entwurf zugestimmt. Bis in die späten Abendstunden wurde dann über den Finanzausgleich beraten. Wie wir hören, wird von den Länderregierungen das Ziel verfolgt, an Stelle der Vermögensabgabenzuschüsse, die durch die sogenannte Kreissteuer nur zu einem kleinen Teile ersetzt wurden, einen Ausgleich in Form der Wiederherstellung der Einkommensteuerrechte der Länder zu suchen. Man vermutet, daß bei der Reichsregierung für einen

Kompromiß dieser Richtung Stimmung bestände, obgleich das Reichsfinanzministerium die Änderung auf jeden Fall noch auf Grund des am 15. Februar ablaufenden Ermächtigungsgesetzes durchbringen will.

Die bayerische Regierung beharrt auf ihrem grundsätzlichen Standpunkt, daß die von ihr gestellten Anträge auf Rückgabe der Einkommen- und Körperschaftsteuer und der direkten Steuern sowie auf Herstellung der eigenen Finanzverwaltung nunmehr zur Verabschiedung kommen. Die bayerische Finanzverwaltung wird deshalb neuerdings selbständige Anträge an das Reich stellen.

Ablehnende Haltung der Demokraten.

Die Reichstagsfraktion der Deutschen Demokratischen Partei trat gestern zu einer Fraktionsführung zusammen. Zur Erörterung standen zunächst wirtschaftliche Fragen und vor allem die Frage der Hypothekenaufwertung. Die demokratische Fraktion erklärte die Regelung, wie sie durch eine Verordnung auf Grund des Ermächtigungsgesetzes vorgesehen ist, für unannehmbar. Derselben Standpunkt vertrat die Fraktion in der Frage des Finanzausgleichs. Es wurde beschlossen, einen Antrag im Fünftehnerausschuss einzubringen, in dem dieser Standpunkt nachdrücklich zum Ausdruck gebracht wird und in dem die demokratische Fraktion darlegt, daß sie unter allen Umständen eine gesetzliche Regelung fordert. Die Summen, die die Regierung fordert, müßten durch eine Besteuerung des Vermögens ausgeglichen werden.

Die Fraktion sprach weiter über die Frage des Ausnahmezustandes, wobei sich auch Reichswehrminister Gehler zu dieser Frage äußerte und die Ansicht vertrat, daß in diesem Augenblick die Möglichkeit zu einer Aufhebung des Ausnahmezustandes wohl noch nicht gegeben wäre; doch sei eine Entscheidung des Reichskabinetts noch nicht getroffen. Die Fraktion vertrat die Auffassung, daß zu einer Veränderung ihres mehrfach bekannengegebenen Standpunktes gegenüber dem Ausnahmezustand kein Anlaß vorliege.

Im Reichstag fanden gestern zwischen Vertretern der sozialdemokratischen und demokratischen Fraktionen unverbundene Besprechungen über die Steuernotverordnung statt. Es wird sich bei den heutigen Beratungen im Fünftehnerausschuss zeigen, wie weit ein gemeinsames Zusammengehen der Fraktionen möglich sein wird.

Der Reichsrat beschäftigte sich gestern in seinen Ausschüssen mit der dritten Steuernotverordnung, insbesondere mit der Frage der Hypothekenaufwertung. Änderungsanträge einzelner Länder, die teilweise eine grundlegende Änderung dieser Frage enthielten, wurden abgelehnt und der zehnprozentigen Hypothekenaufwertung zugestimmt.

von Anträgen rechtzeitig zu bewirken. Die Anträge der Parteifractionsorganisationen müssen

Spätestens am 8. März 1924

im Besitze des Parteivorstandes sein, wenn sie nach den Bestimmungen des Organisationsstatuts veröffentlicht werden und in der gedruckten Vorlage Aufnahme finden sollen. Die an den Parteivorstand einzureichenden Anträge sind, jeder einzeln für sich, auf ein besonderes Blatt Papier zu schreiben. Nur eine Seite des Papiers darf beschrieben werden. Den Anträgen beigegebene Begründungen können nicht veröffentlicht werden.

Am Sonntag, den 30. März, vormittags 10 Uhr, findet im Landtagsgebäude in Berlin eine

Frauenkonferenz

statt.

Vorläufige Tagesordnung: Die Frauen und die Wahlen.

Zur Teilnahme berechtigt sind aus jedem Parteibeitrag ein bis zwei Delegierte, die weiblichen Delegierten zum Parteitag und die weiblichen Mitglieder des Reichstags. Sofern männliche Genossen von der Bezirksleitung mit Mandat versehen werden, sind sie zur Teilnahme an der Frauenkonferenz berechtigt.

Die Bezirksleitungen werden dringend ersucht, dem Parteivorstand die Namen der gewählten Delegierten unter genauer Adressenangabe möglichst bis zum 15. März mitzuteilen, damit ihnen das Mandat, die Vorlagen und sonstigen Mitteilungen zugestellt werden können.

Wegen Wohnungsbeschaffung unter Angabe, ob Hotel oder Privatwohnung, müssen sich die Delegierten rechtzeitig beim Lokalfomitee melden. Adresse: Theodor Fischer, Berlin SW. 68, Lindenstr. 3.

Berlin, den 6. Februar 1924. Der Parteivorstand.

Deutschland und Skandinavien.

P. V. Kopenhagen, Anfang Februar.

Europas große Ereignisse spielen sich zurzeit im Süden und Westen ab; im Süden, wo ein Bündnisvertrag neben dem anderen Umgruppierungen und Machtverschiebungen Europas anzeigt, im Westen, wo der Gegenjah England-Frankreich und die Frage der Reparationen und der Ruhrbesetzung der Lösung harret. Im Nordosten, um die Ostsee herum, sieht es sehr still aus — scheinbar nur, der aufmerksame Beobachter sieht auch hier die Tendenzen arbeiten, die die Politik des übrigen Europas beherrschen, und Deutschland hat allen Grund, stets daran zu denken, daß Skandinavien im ganzen wie in einzelnen Teilen wirtschaftlich und außenpolitisch wichtiges Land für Deutschland ist. Man vergesse nicht die engen und wertvollen Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und Schweden und Dänemark, man vergesse nicht die außenpolitische Wichtigkeit uns halbwegs wohlgesinnter Ostseeländer — und man vergesse andererseits nicht, daß französischer Einfluß sich seit langem um Dänemark und Schweden bemüht, und daß Norwegen, wenn es erst die Nachkriegswunden überwunden hat, sehr viel Kapital und Einsätze zur Erschließung seiner Wasserkräfte und Erzlager gebrauchen wird. Still und heimlich, in die Öffentlichkeit nur in den Handelsteilen der Blätter ragend, geht ein Bestreben, dem immer mehr ausblühenden Verkehr zwischen den russischen Randstaaten und Europas Westen nicht mehr über deutsche Häfen und den Kieler Kanal, sondern über Kopenhagen zu leiten, Kopenhagen zum großen Umschlagshafen für den Verkehr Rußland-Westeuropa zu machen. Wer hinter diesen Plänen steht, ist nicht recht durchsichtig, sie werden eifriger in norwegischen als in dänischen Blättern besprochen, und ein Raum machte aus der politischen Nebenabsicht dieser Pläne, als deren Förderer er sich bekannte, kein Hehl: der abgeköstete französische Gesandte in Kopenhagen de Fontenay. In einem Interview in Dänischen forderde er die belgischen und französischen Schiffahrtlinien, die den immer mehr zunehmenden Handel zwischen Belgien-Frankreich und Vorkland-Estland-Finnland besorgen, auf, ihre Schiffe nicht mehr über Hamburg und den Kieler Kanal, sondern über Kristiania-Kopenhagen laufen zu lassen. Ein Glied in diesen Versuchen, von Frankreich her den Ring um Deutschland, vorerst in handelspolitischer Form, auch im Norden zu schließen, ist auch die von nun ab jährliche Veranstaltung einer „nordischen Messe“ in Belgien, für deren Beschickung skandinavischen Firmen derartig leichte Bedingungen gestellt werden, daß man den Eindruck einer Unterstützung dieses Unternehmens durch einen Großstaat um politischer Ziele willen nicht los wird.

Und in diese regen Bemühungen von der Gegenseite müssen ausgerechnet zwei riesige deutsche Dummheiten hineinplatzen. Beide natürlich angezettelt von der Seite, die behauptet, allein fähig zu sein zu deutscher Außenpolitik, von den Deutschnationalen. Die eine von einem General: das monatelange Verbot der Dänenblätter in Flensburg, die andere von der deutschnationalen preussischen Landtagsfraktion: die Interpellation über das dänische deutsche sozialdemokratische Grenzabkommen. Hoffentlich wird der deutsche Gesandte in Kopenhagen v. Mutius den Berliner amtlichen Stellen klargemacht haben, daß man in Skandinavien die Pressefreiheit anders einschätzt als zurzeit in Deutschland. Man hat das Blattverbot aufgehoben, nachdem fast ganz Skandinavien in eine gereizte Stimmung gekommen war, und damit diese Gereiztheit ja nicht wieder schwand, gemieteten sich bürgerliche Parteien darin, in gegenseitig sich übertrumpfenden nationalen Phrasen die äußerst empfindliche deutsch-dänische Grenzfrage auszurollen. War das Blattverbot ein verandertes Gesetz, so ist die Aufrollung der deutsch-dänischen Grenzfrage eine für Deutschland von vornherein verlorene Schlacht.

Nicht das Abkommen an sich, seine Zweckmäßigkeit oder Unzweckmäßigkeit steht hier zur Debatte, hier ist nur festzustellen: daß der Huzarenritt der deutschen bürgerlichen Parteien gegen die deutsch-dänische Grenze der profranzösischen Richtung und den dänischen Nationalisten riesigen Zulauf und prächtigsten Agitationsstoff in die Hände gespielt hat. Und wiederholt sich das Schauspiel — und es soll sich wohl wiederholen —, so wird unermesslicher Schaden für die deutschen Interessen in Dänemark angerichtet werden. Die Grenzlanddebatte im preussischen Landtag steht noch jetzt im Mittelpunkt der dänischen Presseerörterungen, und bis zu dem sonst gern etwas deutschfreundlichen demokratischen „Politiken“ haben die Blätter durchweg die nationalistischsten und schärfsten Wendungen der Landtagsredner wiedergegeben. Selbst die Rede des Genossen Partels wurde in einem Auszug gebracht, der aus ihr mehr ein Abdrücken von als eine Verteidigung des Abkommens machte. Natürlich hat, bei den guten französischen Beziehungen gewisser hiesiger Kreise, auch der Pariser „Temps“ die Angelegenheit aufgegriffen, was von den hiesigen profranzösischen Blättern natürlich sofort als ein Beweis dafür, wo der wahre Freund Dänemarks zu finden sei, abgedruckt wurde.

Die skandinavischen Länder stehen vor den Wahlen. In

Parteitag und Frauenkonferenz.

Parteienoffen:

Auf Grund des Organisationsstatuts der Partei beruft der Parteivorstand den nächsten Parteitag auf

Sonntag, den 30. März 1924, abends 6 Uhr,

nach Berlin, Gebäude des Preussischen Landtags, Prinz-Albrecht-Strasse, ein.

Als vorläufige Tagesordnung ist festgesetzt:

1. Bericht des Parteivorstandes.
 - a) Allgemeines. — Berichterstatter: Otto Weis.
 - b) Agitation, Organisation und Kasse. — Berichterstatter: Fr. Partels, R. Ludwig.
2. Bericht der Kontrollkommission. — Berichterstatter: Friedr. Brühne.
3. Bericht der Reichstagsfraktion. — Berichterstatter wird von der Fraktion bestimmt.
4. Das Organisationsstatut. — Berichterstatter: Richard Sipinski-Beipzig.
5. Die Sozialdemokratie und die Landwirtschaft. — Referent wird noch bekanntgegeben.
6. Die Reichstagswahlen und die Sozialdemokratie. — Referent: Rudolf Hilferding.
7. Wohl des Parteivorstandes, der Kontrollkommission und des Ortes, an dem der nächste Parteitag stattfinden soll.
8. Anträge, soweit sie durch die vorstehende Tagesordnung noch nicht erledigt sind.

Parteienoffen! Wir fordern Euch auf, die Vorbereitungen für den Parteitag, besonders die Wahlen der Delegierten und die Stellung

Norwegen beginnt sich nach der Zerschlagung der Arbeiterbewegung bis zur völligen Ohnmacht die Sozialdemokratie wieder zu regen. In der Provinz nennt sie schon wieder einige Tagesblätter ihr eigen, in der Hauptstadt Kristiania gibt sie zweimal in der Woche ein Blatt heraus. In Schweden geht es rüstig vorwärts mit der Sozialdemokratie. In Dänemark hat die rechtsliberale Regierung weder den Kronenfall verhindern, noch ein Defizit von 36 Milliarden Kronen beseitigen können. Nun kommt sie mit Zugusssteuern, die aber in Wirklichkeit eine Reihe von Verbrauchsgegenständen treffen. Das alles sind Gründe, die der hier rüstig fortschreitenden Sozialdemokratie einen Wahlsieg verbürgen würden, wenn — ja, wenn nicht ungeschickte Reichsmehrheiten und tölpelhafte deutschnationale Außenpolitiker der jetzigen Regierung eine Ablenkung des Volkswillens nach außen hin in die Hand spielen.

Erfolge der Sozialdemokratie in Skandinavien liegen aber sowohl in sozialistischem wie im Interesse einer ehrlichen Wiederaufbaupolitik der Republik Deutschland. Die skandinavischen Bruderparteien werden sowohl aus ökonomischer Einsicht wie aus Ablehnung imperialistischer Bündnispolitik die Versuche, künstliche Handelswege um Deutschland herumzubauen, ablehnen, die dänische Partei lehnt sogar die Eiderdänenagitation ab. Könnte Deutschland Hirnverbrannteres tun, als durch Aufrollung aller eventuellen Reibungspunkte diesen Parteien den Boden unter den Füßen fortziehen?

Halbmast!

Der deutsche Skandal in Washington.

Als hier die ersten Meldungen über Paris eintrafen, daß allein die Deutsche Botschaft in Washington nicht halbmast geflaggt habe, und daß darüber große Entrüstung in Amerika herrsche, konnte man zunächst an eine französische Propagandamache glauben. Spätere Meldungen ließen jedoch an der Richtigkeit des Tatbestandes keinen Zweifel mehr und schließlich ist von offizieller deutscher Seite der Tatbestand in einer Form zugestanden worden, die das deutsche Volk zu ebensolcher Empörung gegen die deutsche Diplomatie veranlassen muß wie das amerikanische. Danach ist es der Botschafter Wiedfeldt selbst gewesen, der telegraphisch bei der Wilhelmstraße angefragt hat, wie er sich zu dem Tode Wilsons verhalten solle, und die Antwort des Auswärtigen Amtes habe dahin gelaute, daß von einer offiziellen Beileidskundgebung der Reichsregierung abzusehen sei, da Wilson zur Zeit seines Ablebens „keine offizielle Persönlichkeit“ mehr gewesen sei; im übrigen bliebe es aber dem deutschen Botschafter überlassen, ob und in welcher Form er sich persönlich an den dortigen nationalen Trauerfeierlichkeiten beteiligen wolle.

Ist es schon höchst erstaunlich und bedenklich, daß ein Botschafter, der ja an Ort und Stelle am besten in der Lage sein müßte, eine solche Entscheidung zu treffen, so wenig Selbstständigkeit zeigt, daß er sich vorerst Instruktionen aus Berlin einholt, so ist der Bescheid des Auswärtigen Amtes schlechthin skandalös. Erst vor kurzem hatte die Reichsregierung auf die deutschnationale Anfrage wegen des Todes der Digmaiden-Befahrung geantwortet, daß alle fremden Vertreter in Paris diesen rein diplomatischen Höflichkeitssatz erfüllt hatten und daß „ein abweichendes Verhalten der Deutschen Botschaft als eine unhöfliche politische Kundgebung gedeutet worden wäre“. Im Falle Wilson hätte dieser Grundsatz erst recht gelten sollen. Aber es ist ganz offenkundig, daß die maßgebenden Herren vom Auswärtigen Amt sich vor einer Wiederholung der deutschnationalen und deutschpolitischen Hege gefürchtet und deshalb diese ganz blödsinnige Instruktion hinübergeschickt haben. Die Rolle, die die Deutsche Botschaft, leider im Namen des deutschen Volkes in dieser Angelegenheit spielt, wird dadurch nur noch kläglicher, daß sie nachträglich ebenfalls Halbmast flaggen wird und daß der deutsche Botschafter an der offiziellen Trauerfeier, wie er bereits hat anständig lassen, doch teilnehmen wird!

Mit Recht weist die „Vossische Zeitung“ darauf hin, daß derartige Beileidskundgebungen den Hinterbliebenen gelten, in diesem Falle der amerikanischen Nation, deren Regierung eine dreitägige Nationaltrauer angeordnet habe. Noch schärfer wendet sich die „Germania“ gegen den Außenminister Stresemann, dem sie in unzweideutigen Wendungen unmännliches Zurückweichen vor der deutschnationalen Kritik vorwirft.

Der ganze Vorfall ist bezeichnend für die politische Atmosphäre, in der wir seit einigen Monaten leben: Feigheit ist Trumpf, Feigheit vor den nationalistischen Maulhelden, Feigheit vor den burschenschaftlichen Bierknapen, Feigheit vor der Reaktion in Zivil und in Uniform. Ueber dieses Trauerspiel, in dem die Washingtoner Flaggenaffäre nur eine Episode bildet, hat Deutschland allen Anlaß, Halb- mast zu flaggen!

Neue Verdunkelungsversuche.

Justizrat Claf, und das Attentat gegen Seckel.

Eine Berliner Korrespondenz veröffentlicht unter der Ueberschrift: „Die Wahrheit über die Verschwörung gegen General a. Seckel“ sehr ausführliche Mitteilungen, in denen ein gewisser Major Gilbert, der zu dem verhafteten Thormann und dem von dem Pariser Gemordeten bekannten Rothbach-Liebhaber v. Lettenborn Beziehungen unterhalten haben soll, als angeblicher politischer Agent des Reichskommissars für öffentliche Sicherheit und der Abteilung I A die Rolle eines Drahtziehers und Geldgebers der Attentäter spielt. Für die Lettenborn und Gilbert soll nach dieser Darstellung der Mordplan gegen Seckel nur ein Vorwand gewesen sein, um gegen den Vorsitzenden des Alldeutschen Verbandes Claf einen Schlag zu führen.

Die Darstellung der Korrespondenz entspricht nicht den Tatsachen. Gilbert, der bereits vernommen wurde, ist in der Angelegenheit eine sehr nebensächliche Figur. Weder ist er politischer Agent amtlicher Stellen, noch hat er von diesen Gelder empfangen. Lettenborn hat aus eigener Initiative gehandelt. Die Veröffentlichung der Korrespondenz verfolgt allem Anschein nach den Zweck, die Sache von neuem zu verdunkeln und dürfte von einer Justizrat Claf nachstehenden Seite stammen.

Künftig wird gemeldet:

Eine Berliner Korrespondenz verbreitet eine ebenso verwerrene wie entstellende Darstellung über das angebliche Untersuchungsergebnis in Sachen des Verfahrens gegen Thormann und Dr. Brandel wegen des gegen General von Seckel gerichteten Mordplanes. Den zahlreichen Unrichtigkeiten des Korrespondenzberichtes gegenüber sei vorläufig folgendes festgestellt:

1. Es ist un wahr, wenn behauptet wird, daß die Herren von Lettenborn und Koerke (der mit dem Attentat Beauftragte. Num. d. Red.) von der Deutschösterreichischen Freiheitspartei vom Reichskommissar für die öffentliche Ordnung oder einen seiner Beamten dazu veranlaßt worden seien, auf die Attentatspläne des Thormann auch nur zum Schein einzugehen.

2. Es ist un wahr, wenn behauptet wird, daß irgendjemand für irgendwelche Tätigkeit in der Sache des Mordplanes des Thormann und Brandel vom Reichskommissariat Geld bekommen hätte.

3. Es wird erneut festgestellt, daß das angeblich gefällte Protokoll einer Sitzung vom 17. Februar 1920 bis zu seiner Veröffentlichung in der Presse dem Reichskommissariat nicht bekannt war.

Kahrs Schuld beim Novemberputsch.

Ein Rechtsgutachten.

München, 6. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Der Hitler-Ludendorff-Prozess wirft tiefe Schatten voraus. Das ganze Getriebe der bayerischen Politik ist in seinen Wirkungen heute gekennnt, ja es stellt mit voller Absicht alle Entscheidungen zurück, bis der Verlauf und das Ergebnis dieses Prozesses die Bahn für neue Entschlüsse freigegeben haben. Dieser Zustand erzeugt natürlich

in irgendeinem im gesamten öffentlichen Leben eine innere Spannung und die lähmende Unsicherheit, die nur erträglich erscheint im Hinblick auf den nahen Zeitpunkt, an dem durch den Prozeßbeginn das Ventil geöffnet und der Gefahr der Ueberhitzung begegnet wird. Offenbar in dem Wunsch, daß im Interesse der Öffentlichkeit dieses Ventil mit einiger Sicherheit und Zurechnungsfähigkeit funktioniert, unternimmt es der bekannte Staatsrechtslehrer an der Universität München, Karl Rothbacher, in Verlage Mohr-Tübingen, eine Broschüre erscheinen zu lassen, die für jeden, mag er sich aus politischen, juristischen oder sonstigen Gründen mit dem Prozeß beschäftigen, von gleich großem Interesse ist. Sie führt den Titel „Der Fall Kahr“ und beschäftigt sich eingehend

mit der Frage der Mitschuld Kahrs.

Die gerade vom staatspolitischen Gesichtspunkt aus von entscheidender Bedeutung ist. Die Untersuchung dieses unparteiischen Geschichtsforschers ist im wesentlichen gegründet auf die Berichte und Erklärungen, mit denen die Beteiligten auf beiden Seiten nach dem Putsch die Öffentlichkeit überhäufert haben. Rothbacher untersucht naturgemäß vor allem die Frage nach dem Verhalten Kahrs in der Nacht vom 8. zum 9. November, da gegen den Generalkommissar der dringende Verdacht der Mit-täterschaft an jenem Hochverrat besteht.

Nach sorgfältiger Prüfung aller hier in Betracht kommenden Darstellungen über die Ereignisse im Bürgerbräukeller kommt Rothbacher zu dem Schluß, daß Kahr auf die dringenden Bitten und Flehen Hillers und Poehners

aufrecht und ernsthaft mittel,

nachdem er selbst eine Art Gegenverschlus gemacht, indem er vorschlug, daß er die Staatsherrschaft für die Monarchie übernehmen wolle. Nun war er ganz dabel. Nur durch tatsächliche Aufgaben, die bis jetzt nicht erfolgt sind, kann Kahr den Verdacht entkräften, daß er einen Verfassungsbruch hat verüben wollen und nur sehr langsam, vielleicht später als Löffler, sich entschlossen hat, hieron abzusehen. Kahr hat am 8. November nach langem Zaudern sich entschlossen, mit Hiller, Ludendorff und Poehner gemeinsame Sache zu machen. Einige Stunden später hat er, der soeben noch ein Mitrevolutionär war, sich auf sein Amt als Generalkommissar zurückgezogen, um dem Kind der nationalen Revolution, dem er noch eben selbst zur Geburt verholfen hatte, den Tod zu geben. Seine Bemoggründe kennen wir nicht.

Für Rothbacher steht fest, daß Kahr entschlossen war, an dem Hochverrat teilzunehmen und dementsprechend der Fall Kahr nach der rechtlichen Seite hin nach den Hochverratsparagrafen zu beurteilen ist. Kahr ist aber auch Beamter, der überdies stets als Muster eines solchen der Verdüsterung hingestellt worden ist. Durch seine Beteiligung an dem Unternehmen Hillers, insbesondere durch seine Uebernahme der Staatsherrschaft für die Monarchie, hat Kahr aber seine

Amtspflicht schwer verletzt und seinen Eid gebrochen.

Er ist auch hier von der einfachen Richtschnur des Handlens abgewichen. Wer sich selbst untreu wird, bricht in sich zusammen. Wer die von der Sittlichkeit und dem Recht geforderten Schranken verläßt, verliert den Haß. Wer andern darin vorangeht, bringt Unheil über das Ganze. Tausende sahen auf Kahr als den, der Ziel und Weg wies, der Richtschnur und Maß gab. Der Zusammenbruch Kahrs, der nicht verheimlicht werden kann, wenn auch aus manigfachen, dem Rechte fremden Gründen die gerichtliche Anklage nicht gegen ihn erhoben worden ist, wirkt zerstörend hinaus in die Welt. Die Verletzung Kahrs liegt nicht nur in seiner Stellung in dem für Bayern und Deutschland unheilvoll endenden Unternehmen Hillers, sondern in der Erschütterung des klaren Sinns für das Recht, in der Zerschlagung des Glaubens an Gerechtigkeit und Ueberzeugungstreue. Dies ist seine größte geschichtliche Schuld.

Wie uns von der Direktion der Dresdener Bank mitgeteilt wird, entsprechen die Angaben in dem von uns am Sonntag abgedruckten Brief eines Hitler-Offiziers, nach dem in der Münchener Filiale der Bank Munition gelagert haben soll, nicht den Tatsachen.

Musikalisches Dreitagerrennen.

Konzertumschau von Kurt Singer.

Ueberkluge und besonders Heißhitzige behaupten, die Berliner Staatsoper existiere noch. Wenn diese Gerüchte nicht demontiert werden, so muß man glauben, daß die einst so schöne Oper von ihrem Sterben lebt. Warten wir noch ein Weischen, um zu sehen, wieviel Monate man Berlin mit Mühsal und Nichtleistung in Schach halten kann. Jetzt hören wir, daß der Intendant im Monat der üblichen Premieren kunstpolitisch nach Amerika fuhr. Warten wir. Die Kapellmeisterfrage ist unter den Händen halb, bei Kroll noch gar nicht gelöst. Der Generalmusikdirektor Kleiber aber führte sich indessen in der Philharmonie als Konzertdirigent ein, nachdem ihm am Abend vorher sein Vorgänger Stiedry den Platz am Pult geräumt hatte. Seltsamer Zufall!

Kleiber hat vor kurzem durch die Art, wie er Ericolone dirigierte, berechtigtes Aufsehen erregt. Wenn er sich jetzt in der Philharmonie Groß-Berlin vorstellt, so erwartet man von ihm Neues, das ihn als Werber und Propagandist moderner Kunst erweise. Das ist nun leider ganz und gar nicht der Fall gewesen. Mit innerem Entsetzen gewahrt man, daß es Kleiber entweder an künstlerischem Gehalt und an Intellekt gebricht oder daß er nicht Willenskraft genug besitzt, bequemen Leistungen, nützlichen Anerbietungen die bisher bewiesene Energie entgegenzusetzen. Er dirigierte von Jaqy Kool eine chinesische Pantomime und eine Sinfonie Op. 10, „Arbeit“ genannt. Hier wie dort hörte man immer das gleiche, nämlich einen äußerlichen Klingklang ohne inneren Haß, ohne seelisches, geistiges Fundament. Lauter Instrumentalvariationen über kein Thema (müßte man sagen). Liebe zu exotischen Melodien und Klängen erschöpft sich bei Kool in unaufhörlichem Bemühen seltsamer sinfonischer Instrumente. Besonders das Xylophon, Gong, Tamtam, Trommel, Harfe haben es ihm angetan. Das läßt nun mit dem Streichorchester und einem Ideen Blasorchester pauschal durcheinander. Vorgeblich ein Suchen nach revolutionären Themen, nach heiligen Rhythmen der „Arbeit“. Das ist Arbeit in schlechtem Sinne, nicht im künstlerischen Sinne des Zweckhaften, Zielvollen, Sinnvollen. Das ist Arbeit, tote aus der Vogelperle eines daneben Lebenden angesehen, eines Mannes dort, der den Widerspruch alter und moderner Musik nicht mit dem Herzen, sondern mit der Feder überbrücken will. Was reizvoll an dem Werk ist, die bunten Instrumentenplatte, wird auf die Dauer recht monoton, und nur in dem einfachen, weich schwebenden Adagio (ein Adagio con moto gibt es nicht!) klingt ein wirkliches Gefühl auf. Kleiber verhält dem unbeholfenen Stück zu einem Achtungs-erfekt. Sich selbst hat er damit geschadet. Man wird mehr als je seinen Geschmack unter die Lupe nehmen müssen. Im zweiten Teil des Konzerts setzte Kroll ein Doctat, Hochachtung für solchen Unterprent!

Stiedry begann mit der Coriolan-Quartette. Wollte er durch Aufheben der Tradition imponieren? Durch das Verschleppen und Dehnen des Tempos erzielte er ein Verzerren der Melodie und ein großes, unmotiviertes Klaffen der Pausen. Das Taktieren in Viertel bekam dem Werk wirklich nicht gut. Diese subjektiven Behauptungen verschwanden im Respekt vor Brudners 8. Sinfonie.

Hier blieb Stiedry in den vorgeschriebenen Bahnen und holte, obgleich kein Brudner-Dirigent, mit großartiger Einfühlung Leben und Blüten aus den Tönen des ersten Satzes. Das Trio des Scherzos allerdings ist nicht als Adagio gedacht, nur „langsam“ im Vergleich zu Anfang und Reppition. Man seh aber auch hier, wie eine geistige Kapazität Stiedry ist, der sich, zuerst vielleicht literarisch, dann aber künstlerisch-inbrünstig in andere Musikwelten versetzen kann.

Boris Kront, in den letzten Jahren immer dort, wo modernste Musik gefeiert wurde, verjuchte sich am Brahmschen Beigenkonzert. Die anfängliche Dürre des Tones wurde bald überwunden, die treffliche Fingertechnik aber stand im Allegro noch gar nicht im Dienst musikalischer, überirdischer Idee. Er spielte das Konzert, er sang es nicht, er erlebte es kaum, und er übermittelte es nicht in seinem rätselhaften Innenleben. Mit hingabe verweilte Kront dann erst beim Adagio, dessen Schlußteil behergt und beiseit lang, und auch die Zigeunerweise des dritten Satzes fand einen temperamentvollen Vertreter. Kront ist auch ein Beweis mehr dafür, daß man nicht ungestraft unter dem Palmenscheiden die Futuristik wandelt, besonders wenn man die Sonne klassischer Musik wieder lächeln sehen will.

Ein anderes größeres Format als Musikant hat Franz Osborn. Alles an ihm, alles in ihm drängt zu gesungenem, gehämmertem, schrumpligem Ausdruck. Ein Temperament, eine Feuerseele, mit genialstem Aufhören. Dennoch zum Tchaikowski-Konzert reichte die Jugenlichkeit oder Flüchtigkeit des Erlebens nicht. Mit festem, harten, aber ruhendem Da-don-laufen führt man sich nicht als zweiter Albert ein. Dringend ist dem hochbegabten Jüngling Selbstsucht und zielbewusster Unter-geißel weiter anzuraten. Wer ihn hinhinlich preist, ohne die Fehler — Geistesfischerheit, harter Anschlag, Eitelkeit — zu bemerken, tut seiner Entwicklung bitter unrecht.

Helias Unger fühlt sich in Welten ein, die früher nicht sein eigen gewesen. Aber er singt sich, von Wagner zu Brahms schreitend, innerlich frei, wie er an äußerer Beherrschung und Orchesterbeherrschung gemessen ist. Einen idealen Temporechtere wird man ihn nicht nennen können; auch ist sein Wesen noch stark auf effektistische Momente eingestellt, und er ruht sich bei den stilleren Partien der ersten Brahmschen Sinfonie gehörig aus. Wie er aber das grandiose Allegro vorbereitete, einleitete, antrieb und zu hymnischen Jubel ausstiegen ließ, das war großartiger Beweis einer immer mehr nach Befreiheit und Vertiefung strebenden, kraftvollen Dirigentenpersönlichkeit.

Und zum Schluß des Abends: Bruch und Dank unserer Lieb- meisterin Wagners-Gemeiner, die 25 Jahre unser Konzert- podium abelt und schmückt. Dank für alle reine Freude des Ge-nießens im Schubert- und Wolf-Lied!

Jugendliche der nollenden Schillerer plant die Volksbühne am Sonntag, den 21. Februar, vom 11. Uhr, im Großen Schauspielhaus eine künstlerische Veranstaltung unter Mitwirkung des Bühnen-Orchesters, des Opern-Chors und des Sprechchors für die proletarischen Arbeiterkinder. Reichstagspräsident Löbe wird eine Ansprache halten. Keine Kassa. Zur Aufführung gelangt u. a. das Dramatische Erntelied in der Komposition von R. Fried. Karten für Volksbühnenmitglieder in den üblichen Preisen.

„Die nackte Tänzerin“.

Die Gattin des Redakteurs glaubt von der Gleichgültigkeit ihres Mannes überzeugt zu sein. Sie tanzt nackt, nur mit einer Wäsche bekleidet, im Tracadero. Der Redakteur verliebt sich in die Nackt-tänzerin. Auch ein indischer Fürst verliebt sich in die Redakteurs-gattin. In demselben Leben, daß Rudolf Lothar, der Autor der Komödie, steht und das dem Publikum des Trianon-Thea-ters glaubhaft oder zumindestens amüsanter vorkommt, ereignen sich solche Zufälle. In dieser Welt der Kleinbürgerlichkeit, in welcher der Verfasser und seine Gestalten leben, nimmt die Nackt-tänzerin und Redakteursgattin die Wille an, die ihr der indische Fürst schenkt, um in einem sehr bequemen Kutschwagen zu ihrem eigenen Mann zurückzufahren. Solche indische Kürstchen gibt es. Sie reden Feuille-tonweisheiten im Radikalstil. Man stelle sich einen Rabindranath Tagore vor, der durch Rudolf Lothar den Feuilletonisten der „Eleganten Welt“ vermittelt wird. Und alles geht gut aus, wie man es in der ersten Szene des ersten Aktes gewohnt hat, wenn man die Geschmähigkeit kennt, in der die bürgerlichen Lustspielverfasser leben. Es ist eine delirante Welt. Sie hat keine Probleme, sondern Schwanz-motiv, sie hat keine Gedanken, sondern Vikarieren. Ihre Unmög-lichkeit ist zu naiv, als daß man sich mit ihr auseinanderzusetzen sollte. Geistesfisch, aus einem erledigt gewählten Jahrzehnt steigt sie auf die Bühne in der Gestalt des applaudierenden Verfassers und verneigt sich. Pseudofranzösisch parfümierte Totengrippe der Dra-matik wendet auf den Brettern, die die Rottermei bedeuten. — Oskar Konebl führte eine schleppende, gedehnte Regie. Die Redakteursgattin und Tänzerin Grise Gläbner ist selber zu die geworden. Ihre herauschende Nacktheit ist unangenehm. Sie bleibt gut in den Szenen, die ihre natürliche Draht herausfordern und zur Geltung kommen lassen. Man g'eubt ihr die Redakteurs-gattin. Aber wenn man sie aus dem Bett in die Morgenmüde steigen sieht, nur sehr schwer eine Nackt-tänzerin.

„Die verlagte Nacht“ im „Neuen Operntheater“. Die Herren Franz Arnold und Ernst Bach zeichnen als Autoren eines Schwantes, der mit bekannten Mitteln geschickt gearbeitet wurde. Hässliche Dinge werden lustig und spitz gesagt. Ein paar dröhlige Einfälle. Gut verteilte Rollen. Die sympatischen Schauspieler des-halb in bester Laune, Theaters obenan. Es scheint, als ob die ge-manigten Gehirne unserer Zeit eine höhere „Geistigkeit“ als wir sie in so einem Schwanz zum Ausdruck kommt, gar nicht mehr ertragen können. Man laßt drei Stunden lang, doch es soll nur fragen warum. Wenn aber Guido Thielscher auf der Bühne Emil Dobermann heißt, dann laßt man natürlich schon, ehe der Vorhang aufsteht. Und wenn dann dieser keine feste Mann über die Bühne rollt, rückt er nicht und läßt, und in seinem rumblickenden Anblick mit fabelhaftem Mimik hundertlei Seelenregungen ausdrücken läßt, dann spürt man mit Genuß, was wir Berliner doch in diesem Künstler haben, bei nur mit ganzer Hingabe bei seinem Spiel ist und nicht's spüren läßt von jener eiernden Eitelkeit, die so manchen anderen berühmten Kollegen im Angesicht des Publikums zum Clown und Hanswurst werden läßt. Neben Thielscher, der den emporgestommenen Berliner Unternehmern verkörpert, fanden eine Reihe gut angezoener (alle anziehender) und gut spielender Kräfte auf der Bühne: Leo Beau-tert als eleganter reicher und wissender, Berthold Reißig als

Wahlfreiheit in Thüringen.

Abkündigung der sozialdemokratischen Presse.

Weimar, 6. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Auf Grund der Meldung des sozialdemokratischen Parlamentaristen, daß die Verleumdungen gegen die Thüringer Regierung vom Heeresanwaltschaft, dem Militärbefehlshaber Hoffe, ausgehen, wurde unser Jenaer Parteiblatt, „Das Volk“, auf zwei Tage verboten.

Gleichzeitig wurde unser Geraer Parteiblatt, die „Thüringer Tribüne“, auf zwei Tage verboten, weil sie die Frage aufwarf, ob es wahr sei, daß der Militärbefehlshaber die Absicht habe, in den letzten Wähltagen die sozialdemokratische Presse zu verbieten.

Inoffiziell ist, daß bereits vor einigen Tagen beim Landeswahlleiter die Meldung einging, daß die sozialdemokratischen Blätter in den letzten Tagen vor der Wahl verboten werden sollten.

Die Zivilprozessreform.

Im Rechtsausschuß des Reichstags wurde die Beratung einer Reform der Zivilprozessordnung fortgesetzt. Insbesondere wurden die Maßnahmen gegen eine Verschleppung im Verurteilungsverfahren behandelt. Der Ausschuss einigte sich auf folgenden Wortlaut des § 229:

„Angriffs- und Verteidigungsmittel sowie Beweismittel und Beweismethoden, die in erster Instanz nicht geltend gemacht worden sind, können zurückgewiesen werden, wenn das Gericht die Überzeugung gewinnt, daß die Partei in der Absicht, den Prozess zu verschleppen oder aus großer Nachlässigkeit sie nicht vorgebracht hat. Das gleiche gilt von solchen Vorbringen, das in erster Instanz nach den §§ 270, 270a, 283 zurückgewiesen worden ist. Die Vorschriften des Absatz 1 finden entsprechende Anwendung, wenn der Berufungsbeklagte ein neues Vorbringen, dessen Geltendmachung in der Berufungsinstanz zulässig ist, entgegen der Vorschrift des § 319 nicht in der Berufungsbegründung mitgeteilt hat.“

Die preussische Gewerbesteuer.

Der Hauptausschuß des Preussischen Landtags beriet am Mittwoch über die Verordnung zur vorläufigen Regelung der Gewerbesteuer. Es lag eine Reihe von Abänderungsanträgen vor. Einen besonders breiten Raum in der Aussprache nahm die Besprechung der Anträge auf Freilassung der Genossenschaften und Konsumvereine von dieser Steuer ein. Die Deutsche Volkspartei, die Demokraten und die Deutschnationalen stimmten geschlossen für die Besteuerung, ebenso einige Zentrumsvorsteher. Dagegen stimmten drei Mitglieder des Zentrums zusammen mit den Sozialdemokraten und den Kommunisten. Die Anträge auf Besteuerung der Genossenschaften und Konsumvereine wurden mit 15 gegen 14 Stimmen abgelehnt. Mit derselben schwachen Mehrheit fanden Annahme Anträge der Sozialdemokraten und eines Teils des Zentrums auf Steuerfreiheit für eingetragene Genossenschaften, welche bei Kreditübergabe und beim Vertriebe von Wirtschaftsbetrieben sich auf den Kreis ihrer Mitglieder beschränken, und ferner nur solche Produkte verkaufen, die von den Mitgliedern erzeugt sind. Die übrigen Anträge wurden nicht verhandelt, da die Regierung für die nächste Woche die Vorlegung einer grundlegenden Novelle zur Gewerbesteuer zugesagt mit Rücksicht auf die Veränderung der Reichseinkommensteuergesetzgebung.

Die Arbeit der Sachverständigen.

Die erste (Dawes-) Kommission prüfte am Mittwoch nachmittag den Bericht ihrer eigenen Eisenbahnsachverständigen Sir Williams Keworth und Se. Berbe. Die Unterkommission für die Prüfung des Reichshaushalts prüfte die Einnahmeseite unter Hinzugewinnung der deutschen Sachverständigen Staatssekretär Fischer, Woyth und Dr. Verwardt. Die Macdonald-Kommission verläßt Berlin am Freitag vormittag.

General Dawes und Herr Henry R. Robinson besuchten Mittwoch mittag in Begleitung anderer amerikanischer Sachverständigen die Reichslandschaft Berlin-Steglich, Ringstr. 54.

entscheidend schuldlos und unwissender Diebhaber, um den sich überhaupt die ganze Geschichte dreht, weil er in der Tat schuldlos Schuld daran wurde, daß er mit keinem reizenden Frauen (Clara Kommer) die Hochzeitsnacht verleben mußte. Camilla Spira als modernes selbständiges Mädchen und Eise Bäck als Frau Dobermann dürfen nicht unerwähnt bleiben.

Moderne Romanistik. Bei einem Zusammenreffen mit den ihn verfolgenden Soldaten wurde der gefährliche ferbische Bandenchef Auspopomisch erschossen, der seit längerer Zeit die Bevölkerung der Schwarzen Berge in Furcht und Schrecken versetzt hatte. Wie gemeldet wird, war der getödete Räuber eine Zeitlang Professor der Philosophie an der Universität Wien. Infolge einer Liebesenttäuschung hatte er sein Amt im Stich gelassen und war unter die Räuber gegangen. Dank seiner Intelligenz und Tapferkeit wurde er Chef einer tollkühnen Räuberbande, die sich aus 50 zu einem entschlossenen Banditen zusammenschloß. Auf den Kopf des Hauptmanns war von der jugoslawischen Regierung ein hoher Preis gesetzt worden.

Beitrag. Am mittelmittäglichen humanitären Komitee spricht Donnerstag 8 Uhr (Eisenbahnschule, in den Räumen des Dr. A. Schmidt über: „Die Bedeutung Steinachs“. — Freitag spricht Bruno A. Börgel in der Eisenbahnschule über das Thema: „Som Reden auf anderen Sternern“. — Samstag v. Nordhoff spricht im Rahmen eines von der Leitung des Reichshaushalts veranstalteten Vortrags über das Thema: „Weg zu deutscher Zukunft“. Sonnabend 8 Uhr im ehemaligen Herrenhaus.

Carlwig Hardt spricht Freitag 8 Uhr im Keller des Restaurants von Hildebrand, Kochstr. 10, über: „Die Bedeutung Steinachs“. — Samstag v. Nordhoff spricht im Rahmen eines von der Leitung des Reichshaushalts veranstalteten Vortrags über das Thema: „Weg zu deutscher Zukunft“. Sonnabend 8 Uhr im ehemaligen Herrenhaus.

Volksbühne Norden. Für die nächste Revueinszenierung „Helben“ von Bernard Shaw wurden u. a. verpflichtet: Albrecht Altman, Carl, Leonie Döbel, Rosa Hart, Ernst Derndorf, G. A. Sander, Ulrich Braun, Fritz Otto. Spielstätte: Otto Strömmer.

Museumsrungen. Sonntag, den 10. Febr., 10 Uhr vorm., finden inoffizielle Vorträge im Direktorenkabinett im Kaiser-Friedrich-Museum „Museum und Volk“ (Direktor Demmler) und im Museum „Museum und Volk“ (Dr. Wolf) statt. Eintrittskarten sind vor Beginn der Vorträge am Eingang des genannten Museums erhältlich.

Der politische Kampf um den Nordpol. Aus Montreal wird mitgeteilt, daß die kanadische Regierung eine Expedition unter Führung des Kapitän Ferrer in die arktischen Gewässer entsenden wird, um der Behauptung nach dem Nordpol beschreiben zu helfen, durch die amerikanische Regierung gemacht worden. Ferrer wird in den arktischen Gewässern eine Reihe von Punkten besuchen, die die Vertreter der kanadischen Regierung offiziell in Besitz nehmen sollen.

Die Dreyfus-Affäre. Nach einer Mitteilung der „Alliancedes" gibt es in Paris mehr als 300 Lepra-Kranke, die die Leiden mehrerer Jahre mitgebracht haben. Doch sind in den letzten Jahren mehrere Fälle beobachtet worden, in denen die Kranken in Frankreich selbst erkrankten. Nebenbei hat sich die Kankrose der Haut durch fremde Ausländer vermehrt, was der Zunahme dieser Krankheit zuzuschreiben ist. Während sich im Jahre 1915 unter den Franzosen der Hautkrankheiten 3 Proz. Ausländer befanden, waren es im Februar 1923 über 14 Proz., darunter fast ein Drittel Eingeborene der französischen Kolonien.

Der Kampf um den Rhein - in Versailles

Lloyd George enthüllt ein Geheimabkommen Clemenceau - Wilson.

London, 6. Februar. (Reuter.) In einer dem „New York Herald“ abgegebenen Erklärung verteidigt sich Lloyd George gegen die Angriffe, die gegen ihn im Zusammenhang mit den Bedingungen des Friedensvertrags betreffend die militärische Besetzung der Rheingrenze durch die Alliierten gerichtet worden sind. Er erklärte, als er während der Friedensverhandlungen nach einem dringend notwendigen Aufenthalt in London nach Paris zurückgekehrt war, habe es sich gezeigt, daß Wilson während seiner Abwesenheit in diesem Punkte vor den Franzosen kapituliert hätte. Er habe sehr kürzlich entdeckt, daß Clemenceau und Wilson während seiner Abwesenheit hierüber ein geheimes Abkommen unterzeichnet hätten.

Dem diplomatischen Berichterstatter des „Evening Standard“ zufolge ist die Zusammenkunft Macdonalds auf die im „New York World“ veröffentlichte Mitteilung Lloyd Georges gelenkt worden. Macdonald habe um einen sofortigen Bericht über die ganzen Umstände ersucht, der jetzt vorbereitet werde.

Der politische Berichterstatter des „Evening Standard“ schreibt: Die französische Regierung habe bis zum Tode des vormaligen Präsidenten Wilson gewartet und wolle ein Dokument veröffentlichen

als eine Rechtfertigung der Politik, die Frankreich seit der Unterzeichnung des Versailler Vertrages gegenüber Deutschland geführt habe. Das Dokument soll zeigen, daß für diese Politik die französische Regierung die Unterstützung Lloyd Georges hatte.

Der Berichterstatter ist der Ansicht, daß Lloyd George die genaue Tatsache wiedergeben, wenn er erklärte, daß er von Anfang an gegen die Besetzung deutschen Gebietes gewesen sei.

London, 6. Februar. (W.B.) Unter der Überschrift „Die Präsident Wilson für die Rheinbesetzung gewonnen wurde“ schreibt „Evening Standard“: Wilsons Tod habe Enthüllungen gezeitigt, die nicht gut während seiner Lebenszeit gemacht werden konnten. Als Lloyd George sich wegen einer bedrohlichen parlamentarischen Lage nach London begab und wieder nach Paris zurückkehrte, habe er gefunden, daß Wilson zum Standpunkt Clemenceaus bezüglich der Besetzung deutschen Gebietes, der sich Lloyd George widersetzt hatte, umgestimmt worden war. Erst gestern habe Lloyd George erfahren, daß während seiner Abwesenheit ein bindendes Abkommen zustande gekommen war. Die deutsche Formulierung sei, daß die Abwesenheit Lloyd Georges aus Paris ausgenutzt worden war, um den wankenden Willen zu besiegen, der seitdem wieder den geringeren Plan einer französischen Kontrolle im Saargebiet äußerst feindselig gegenüber gestanden habe. Laut „Evening Standard“ habe Lloyd Georges augenblickliche Erklärung nur dann verstanden werden, wenn man annehme, daß es jetzt die Absicht der französischen Regierung sei, ein Geheimabkommen zur Rechtfertigung der darauffolgenden französischen Politik zu veröffentlichen. Während der Lebenszeit des vormaligen Präsidenten Wilson sei ein derartiges Verfahren wahrscheinlich durch ein Versprechen verhindert gewesen. In der Unterredung mit dem Vertreter der „New York World“ erklärte Lloyd George, er sei gegen die 15jährige militärische Besetzung der Rheingrenze

durch die Alliierten gewesen. Er habe vorausgesehen, daß, wenn die Franzosen einmal die Grenzen besäßen, sie diese nicht wieder verlassen würden. Seine Annahme sei bereits durch Ereignisse gerechtfertigt worden. Er sei jedoch im kritischen Augenblick während dieser Verhandlungen durch den berühmten durch Northcliffe Telegramm organisierten Angriff nach London abgerufen worden. Als er nach Paris zurückkehrte, sei offenbar geworden, daß Wilson sich Clemenceau ergeben hätte. Dadurch hätten die Franzosen das Recht gewonnen, das Rheinland zu besetzen, was schließlich in dem Vertrag eingeschlossen wurde. Lloyd George erklärte: „Ich habe erst vor ganz kurzem entdeckt, daß während meiner Abwesenheit in London Clemenceau und Wilson ein geheimes Abkommen über diese Frage abgeschlossen haben, und trotzdem bin ich immer von zahlreichen Seiten in England als der Schuldige angegriffen worden. Ich habe jedoch die Dokumente vom „Foreign Office“ erhalten. Die Franzosen wollen jetzt das Abkommen zwischen Präsident Wilson und Clemenceau veröffentlichen und wünschen, daß ich zustimme. Es ist ein wenig spät, um meine Zustimmung zu bitten. Ich habe niemals zuvor die Dokumente gesehen.“

Ein Prophet des Unheils.

Aus einem Brief des amerikanischen Delegierten bei der Rheinlandkommission Royce an Wilson vom 27. Mai 1919.

Nachdem ich als amerikanischer Kommissar einen Monat im Rheinland verbracht habe, habe ich das Gefühl, daß Gefahr droht, daß dort ein unheilvoller Fehler begangen wird. Die „Konvention“ über die Verwaltung dieser Gebiete, wie sie die militärischen Vertreter des Obersten Kriegsrates am 11. Mai entworfen haben, ist brutal, glaube ich, als es selbst die Verfassung bei nachmaligem Nachdenken wünschen möchte. Sie sieht während einer jahrelangen Periode eine unerträgliche Unterdrückung eines Sechsmillionenvolkes vor. Diese „Konvention“ wird wahrscheinlich nicht ohne tiefgreifende Modifikationen angenommen werden. Was mich jedoch am meisten beunruhigt, ist, daß keiner der Revisionsvorschlüge in bezug auf dieses Dokument, der mir vor Augen gekommen ist, erkennt, daß das Grundprinzip falsch ist — daß die Einquartierung einer feindlichen Armee in Friedenszeiten in einem Lande als dessen Herr und Einquartierung von Truppen bei der Zivilbevölkerung hoch und schließlich Unheil erzeugen müssen. Ich habe diese Angelegenheit des langen und breiten mit den amerikanischen Befehlshabern der Okkupationsarmee diskutiert. Männer, die „militärische Aktivitäten“ sechs Monate lang aus nächster Nähe kennen gelernt haben. Diese Offiziere unterschreiben nachdrücklich die obigen Behauptungen. Sie sagen, daß eine Okkupationsarmee nicht mit den besten Absichten sich in immer gegenseitiger Bemühungen die gegenseitige Gerechtigkeit mit der Zeit wachsen muß. Gewalt und immer mehr Gewalt bedeuten unermesslich die Gefahr einer derartig lang ausgedehnten Beziehung.

Vertrauensvoten für Poincaré.

Paris, 6. Februar. (W.B.) Heute vormittag besprach die Kammer die Erparnisse von mindestens 1 Milliarde. Der Entwurf wurde mit 621 Stimmen ohne Diskussion angenommen. Sozialistische und kommunistische Zusatzanträge auf Einschränkung der Ausgaben wurden mit 645 gegen 81 bzw. 670 gegen 71 abgelehnt.

Die Kommunisten verlangen offenbar um Obstruktion zu treiben, im einzelnen begründete Absätze an den regelmäßigen Ausgaben, um Erparnisse zu erzielen. Sämtliche Anträge werden nach kurzer Debatte gegen die Stimmen der Sozialisten und der Kommunisten abgelehnt.

Mehrere sozialistische Redner brachten die Befürchtung zum Ausdruck, daß die Erparnisse die Departements und Gemeinden sowie bestehende und geplante soziale Einrichtungen schädigen könnten.

Abg. Candace verlangt darauf in einem Zusatzantrag, daß dem Regierungsentwurf genaue Angaben über das Erparnisprogramm beigelegt würden. Der Antrag wird, nachdem Poincaré die Vertrauensfrage gestellt

hatte, mit 327 gegen 240 Stimmen abgelehnt. Im weiteren Verlauf der Sitzung stellt der Abg. Herriot den Antrag, Art. 1 des Regierungsentwurfs von der Tagesordnung abzulehnen. Poincaré stellt die Vertrauensfrage. Die Kammer lehnte in namentlicher Abstimmung mit 283 gegen 16 (?) Stimmen den Antrag Herriot ab.

Gegen den nationalen Block.

Die Radikalen für Wahlbündnis mit den Sozialisten.

Paris, 6. Februar. (W.B.) Die radikale und die sozialistisch-radikale Partei sind heute nachmittag zu einer gemeinsamen Beratung über die Wahlbündnis und die Frage der Wahlbündnisse zusammengetreten. 600 Delegierte nahmen daran teil. Die Beratung wurde vom Abgeordneten Herriot mit einer Rede eröffnet, in der er sich dagegen verwahrte, daß seine Partei auf die Frankreich geschuldeten Reparationen verzichten wolle. Es könne keine internationale Gerechtigkeit geben, wenn die Deutschen nicht das begangene Unrecht wieder gutmachen müßten, aber die Radikalen wünschten als Verteidiger des Rechts und als Gegner der Gewalt, daß Frankreich sich nicht allein auf die Macht stütze, um Gerechtigkeit zu erlangen. Der nationale Block werde heute von seiner Verantwortlichkeit erdrückt, weil es am 16. Januar plötzlich zu einer Berlespanik gekommen sei. Der Beitritt der Regierung, erklärte er, muß eine ausgesprochen französische Politik gegenübergestellt werden, die Frankreich nicht, wie jetzt in der plötzlichen Frage, der Demütigung aussetzt, von Deutschland eine schriftliche Herausforderung zu erhalten. Frankreich muß im Mai dieses Jahres ganz Europa überzeugen, daß die Demokratie liegt. Die Einabung der sozialistischen Partei zum Auktell ist nicht sehr herzlich gewesen, aber es ist unangenehm, sich am Abend der Verbannung und am Tage vor der Hochzeit zu jenen. Es handelt sich bei dem Vorkommnis um eine Verunsicherung, die man auch dann feiert, wenn man sich am Tage nachher wieder trennt.

Herriot wandte sich sehr scharf gegen das Ermächtigungsgesetz, worauf in die Diskussion eingetreten und eine Tagesordnung angenommen wurde, in der für die Kammerwahlen Wahlbündnisse gutgeheißen werden mit den Sozialisten oder den Kandidaten der Parteien, die das Programm des letzten Oktoberkongresses annehmen. Nur in den Wahlkreisen sollen Koalitionen abgeschlossen werden, in denen sie notwendig sind, um den nationalen Block zu bekämpfen. Nach einstimmiger Annahme dieser Tagesordnung vertagte sich die Konferenz auf heute abend.

Benech über Europas Zukunft.

Er prophezeit Poincarés Sturz.

Brag, 6. Februar. (W.B.) Im Außenamt des Abgeordnetenhauses gab Minister Dr. Benech ein politisches Exposé. Er sagte: Wir treten in eine neue politische Periode ein, die mit der Einsetzung einer sozialistischen Regierung in England beginnt, mit der Anerkennung Russlands durch England und Italien, mit der Vorbereitung neuer Verhältnisse in Frankreich, die wahrscheinlich den definitiven Versuch eines französisch-deutschen und damit auch eines französisch-englischen Ausgleiches bedeuten und schließlich mit der Vorbereitung in einer teilweisen Beteiligung Amerikas an der Wirtschafts- und Finanzpolitik Europas ihre Fortsetzung finden. Der Minister überlegte sodann die politischen Einwendungen, die gegen den Vertrag mit Frankreich erhoben wurden und sagte, der Vertrag soll angeblich antideutsch sein, er unterstützt angeblich den französischen Imperialismus. Demgegenüber verweist der Minister auf seine Erklärung, daß die Einigung Deutschlands mit Frankreich näher ist als die Kritiker annehmen.

Macdonalds Parisfahrt aufgeschoben.

Erst nach den Wahlen?

Paris, 6. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Das Projekt einer Zusammenkunft Poincaré-Macdonald ist, soweit die nächste Zukunft in Betracht kommt, aufgegeben. Offiziell wird der Verzicht auf die Audyprache, der man hier anfangs keineswegs abgesehen zu sein schien, mit der Zweckmäßigkeit begründet, zunächst die Verträge und Vorschläge der beiden Sachverständigenvereinigungen abzuwarten. Nach anderen Informationen aber, die mehr Wahrscheinlichkeit zu haben scheinen, soll Macdonald sich entschlossen haben, die beabsichtigte Reise nach Paris bis zum Mai, d. h. bis nach den französischen Neuwahlen aufzuschieben, was den Schluß nahelegt, daß man auch innerhalb der neuen englischen Regierung auf Grund der bisherigen Erfahrungen bereits zu der Überzeugung gelangt ist, daß mit der gegenwärtigen französischen Regierung eine Verständigung über die großen europäischen Probleme aussichtslos ist.

Die Pfalzfrage.

Paris, 6. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Das Haupthindernis für den Abschluß der englisch-französischen Verhandlungen über die Pfalz bildet nach wie vor das französische Verlangen, daß die neue Pfalzregierung der Rheinlandkommission unterstellt werden soll. Es muß in diesem Zusammenhang gesagt werden, daß die am Dienstag überreichte Protokollnote der deutschen Regierung infolge ihrer scharfen Formulierung, in der die an sich durchaus berechtigten Forderungen gestellt wurden, wenig dazu beigetragen hat, eine rasche Beilegung des Konflikts zu fördern. Andererseits allerdings scheint auf Poincaré aus den maßgebenden Pariser politischen Kreisen ein starker Druck zum Entgegenkommen an die Wünsche des neuen englischen Kabinetts ausgeübt zu werden, so daß der Widerstand, den man am Quai d'Orsay am Mittwoch noch gegen die von England angebotene Formel aufrechterhielt, nicht unüberwindlich sein dürfte.

Beste Wirkung. Die Verhandlungen ungarischer Sozialisten mit der Arbeiterregierung des kreditgenötigten Großbritanniens scheinen rasch zu wirken. Ein bisher nur durch Verbände support getriebenes Anmeldegesetz ist jetzt auch auf eine Anzahl Sozialisten, Kommunisten, selbst auf Emigranten angewendet worden. Eine Sicherung ihrer Freiheit und selbst ihres Lebens ist das aber noch nicht, die gibt es erst, wenn das ganze Horthy-Regime verschwindet.

Radio für alle?

Eine Angelegenheit, die mehr Förderung und weniger Eughzigkeit erfordert.

Das Radiofieber hat die Welt ergriffen. Auch Berlin ist nicht von ihm verschont geblieben. Der Handel mit Radioapparaten blüht, Radiozeitschriften werden vertrieben, Radiokorrespondenzen sind gegründet worden und Radioklubs versuchen die Liebhaber des Funkwesens als Mitglieder zu gewinnen, um durch ein geschlossenes Vorgehen die größtmögliche Funkfreiheit zu erzwingen. Seit dem Ende des vorigen Jahres haben wir in Berlin im Bog-Haus, Potsdamer Str. 4, eine Rundfunkstation, die jedem Rundfunkhörer, der seinen Apparat auf „Welle 400“ einstellt, Konzerte aller Art, Vorträge, Markt- und Wetterberichte, neueste Nachrichten und zu guter Letzt auch noch die genaue Zeit übermittelt. Seitdem breitet sich das Radiofieber in Berlin immer weiter aus. Volksteatern Radiokonzerte und Vorträge über das Funkwesen sind ständig überfüllt.

Wie es anfing.

Die Radiotechnik wird selbst für den, der mit ihren Grundlagen vertraut ist, etwas Wunderbares, Märchenhaftes behalten. Ein größeres Wunder aber ist es, daß eine technische Leistung so die Menschen gefangen nehmen konnte, wie es jetzt die drahtlose Telephonie und Telegraphie tut. Selbst die Begeisterung, die die Menschen ergriff, als sie sahen, wie Ventballons und Flugmaschinen in den blauen Raum emporstiegen, kann sich nicht mit der messen, die heute die Radiotechnik erweckt hat. Seit Jahrzehnten haben wir drahtlose Nachrichtenübermittlung. Die breite Öffentlichkeit nahm diese Tatsache als etwas Gegebenes, etwas Selbstverständliches hin. Die übermittelten Nachrichten konnten bei der übergroßen Menge der untechnischen Zeitgenossen keine besondere Anteilnahme erwecken. Erst ein Ereignis, das an sich gar nichts mit der Radiotechnik zu tun hatte, gab den Anstoß zu jener erstaunlichen Begeisterung, die wir heute erleben. Knächtlich des Borgtampes zwischen Carpentier und Deany in New-Jersey errichtete die Westinghouse Company eine kleine Sendestation auf dem Bergschloßfeld. Alle Einzelheiten des Kampfes wurden drahtlos verbreitet, und die Zeitungen taten das übrige, um diese Redensart des „weit-erschütternden“ Borgtampes bekannt zu machen. Mit einem Schlage wandte sich das öffentliche Interesse der Radiotechnik zu. Die im Jahre 1921 in Pittsburg errichtete Telephonienstation hatte damals kaum besondere Aufmerksamkeit erregen können. Jetzt aber wuchsen Empfangs- und Sendestationen wie Pilze nach einem Regen empor. Bald wurden mehr als 2 Millionen Empfangsstationen in den Vereinigten Staaten gezählt. Die Zahl der Sendestationen war dort auf über 30.000 gestiegen. Die weitere Folge war ein heftiger Radiowirrwarr. Eine Sendestation hätte die andere. Viele trübten mühselig ihr Dasein durch Verbreiten von Reklamenachrichten, die die Hörer natürlich nicht erfreuen konnten. Sehr spät erst nahm sich die Gesetzgebung dieser Sache an. Heute sind etwa 850 Sendestationen zugelassen. Aber ein großer Teil von ihnen kam bald nicht mehr auf seine Kosten und stellte den Betrieb ein, so daß heute nur noch etwa 450 Sendestationen arbeiten.

Radio als Kulturträger.

In Deutschland ist es dem Radioliebhaber nicht so leicht geworden wie in Amerika. Die Reichspost wacht mit Argusaugen über das Telegraphengeheimnis und gab sich bisher alle Mühe, jeden privaten Funkverkehr zu unterbinden. Erst in den letzten Monaten hat sie ihre bisherige Stellung etwas geändert. Der staatliche Funkverkehr war immer auf der Höhe, und gerade dieser Umstand dürfte wesentlich dazu beitragen, den Widerstand gegen die Errichtung privater Empfangsstationen weiter zu dämpfen. Der Staat kann heute seinen drahtlosen Dienst unter Zuhilfenahme von Maschinen- und Telegraphen und Chiffriermaschinen so betreiben, daß das Telegraphengeheimnis ebenso gewahrt ist wie früher. Selbst in dem Fall, wo ein privater Empfänger einen Schnelltelegraphen besäße, könnte er dennoch nichts mit der chiffrierten Nachricht begreifen. Die Reichstelegraphenverwaltung gab dann ihre Zustimmung zur Einrichtung eines Wirtschaftsrundfunkdienstes, einer behördlich eingerichteten, zentralen Nachrichtenübermittlung auf drahtlosem Wege. Nun soll der Unterhaltungsgrundfunkdienst, der von privaten Gesellschaften unter Benutzung von Sendestationen der Reichstelegraphenverwaltung eingerichtet wurde, so erweitert wer-

den, daß sich über ganz Deutschland ein Netz von Sendestationen breitet, das erlaubt, mit recht einfachem Empfangsgerät an den Rundfunkarbeiten teilzunehmen. Damit kann der Rundfunk zu einem Kulturträger ersten Ranges werden. Bis heute aber hat es den Anschein, als ob die große Masse des arbeitenden Volkes von dieser Erregung ausgeschlossen werden solle. Die Teilnehmergebühr, die beim Postamt mit einem Rate zu zahlen ist, wurde von 25 auf 60 M. erhöht. Dafür erhält der Einzahler eine Lizenz, mit der er sich beim Kauf eines Radioapparates ausweisen muß. Die Preise der Radioapparate bewegen sich zwischen 50 und 500 M. Es sind also mindestens 60 + 50 = 110 M. nötig, um die amtliche Erlaubnis zum Mithören zu erhalten, eine Summe, die für die meisten viel zu hoch ist. Andererseits lassen sich mit recht geringen Mitteln gute Empfangsstationen herstellen. Das teuerste an solch einer einfachen selbstgebauten Station ist der Kopfhörer, für den 10 bis 20 M. aufzuwenden sind. Jeder, der technisch nur einigermaßen vorgebildet ist, kann sich selbst eine Station bauen, die sogar den Anforderungen der Reichstelegraphenverwaltung genügen könnte. Als Antennen können eiserne Balkons, nicht geerdete Regenrohre, eiserne Bettstellen, im Zimmer irgendwo untergebrachter Draht auch bei der Verwendung einfacher Empfänger mit Kristalldetektor, benutzt werden. In zahlreichen Fällen wird der Radioliebhaber in seiner eigenen Wohnung unbemerkt eine Empfangsstation errichten und — wenn er schweigen kann, ewig betreiben können, ohne daß ihn irgend jemand zur Rechenschaft ziehen könnte. Ein solches Verhalten des einzelnen ist natürlich von keinem rechtlich Denkenden zu billigen, es sei denn, der Staat finanzierte aus seinen Mitteln den Rundfunk und er wäre bestrebt, die Teilnehmerzahl ständig zu vergrößern, um möglichst das ganze Volk durch Rundfunkdarbietungen zu unterhalten und zu belehren. Aber zu dieser Großzügigkeit wird sich der Staat vorläufig nicht aufschwingen, obgleich es in seinem ureigensten Interesse liegt. Der Staat sollte den Selbstbau von Rundfunkgeräten grundsätzlich gestatten, da er ihn ja doch nicht verhindern kann. Der Kauf von Zubehörteilen möge dann von einer Genehmigung der Post abhängig gemacht werden, die jedem erteilt wird, der eine gewisse, nicht zu hoch zu bemessende Gebühr gezahlt hat und die dazu dient, den Rundfunk zu finanzieren. Der Post möge ferner das Recht eingeräumt werden, die Empfangsstationen zu prüfen, um zu verhindern, daß unheimlich gebaute Apparate sich als Sender unangenehm bemerkbar machen. Der Selbstbau von Apparaten sollte nicht an die Mitgliedschaft zu irgendeinem Radioklub gebunden sein. Ein solch weitherziges Entgegenkommen würde die Zahl der Radioliebhaber stärker vermindern, als alle Strafbestimmungen, die ja zum größten Teile doch nur auf dem Papier ständen. Abgesehen von den Rundfunkdarbietungen bringt die eingehende Beschäftigung mit der Radiotechnik aber noch anderen Gewinn: der Radioliebhaber, der sich mit den Grundlagen der Funktechnik beschäftigt, wird mit fast allen physikalischen Fragen in Berührung kommen. Sein Weltbild wird sich erweitern, wenn ihm die Probleme des Lichts, der Elektrizität, die Fragen von Kraft und Stoff beschäftigen. Der Begriff der Fernkräfte wird ihm nicht nur verstandesmäßig, sondern auch gefühlsmäßig nähergebracht.

Vorläufig scheinen wir in Deutschland von einer solchen den Interessen aller am besten entsprechenden Regelung noch recht weit entfernt zu sein. Vom 24. bis 26. Januar hat die Reichstelegraphenverwaltung mit Vertretern von Radiovereinen Richtlinien für die Regelung des Funkamateurwesens festgelegt, in denen zwar schon ein gewisses Entgegenkommen des Reiches zu erkennen ist, das aber noch weit entfernt von einer wirklich befriedigenden Lösung ist.

Wo dürfen Gummisohlen ausgenagelt werden? Der Polizeipräsident weist darauf hin, daß auf Märkten das Verbot von Schuhen mit Gummisohlen und Gummiablagen nicht zu lässig ist, da Gummisohlen und -abläge nicht zu den vom Bezirksausschuß zugelassenen Wochenmarktartikeln gehören und gewerbliche Leistungen auf Wochenmärkten überhaupt nicht angeboten werden dürfen. Dagegen ist an öffentlichen Straßen und Plätzen im Rahmen der Vorschriften über den Straßenhandel und Straßenverkehr gegen das Verbot von Gummisohlen und -ablägen nicht einzuwenden.

Dufende Straßen.

Im Berlin riecht es jetzt gut. Nicht überall allerdings, nur in dieser und dann wieder in jener Straße. Und nicht nur am Kurfürstendamm und in anderen eleganten Quartieren, sondern auch da, wo Einfachheit und Armut haufen. Berlin ist bekanntlich in diesem Jahr mit Apfelsinen gesegnet, wie noch niemals. In allen Stadtgegenden und Straßen stehen die Handwagen mit den Früchten — zwanzig Stück für eine Mark — und strömen ihren Duft strahlend, strahlend. Aber nicht nur Apfelsinen und Mandarinen sind die Duftträger. Neben den Händlern mit diesen Südsüchten haben sich Hausierer etabliert, die warme Pfannkuchen feilbieten, zehn und fünfzehn Pfennige das Stück, und auch dieser Aushenduft erfüllt die Straßen und steigt lieblich in die Nase. Das ist gewiß sehr angenehm für die Postanten, und sind es arme Luder, die von diesen Herrlichkeiten nichts kaufen und noch Hause tragen können, vermögen sie wenigstens gratis und franko eine Nase voll zu nehmen und es muß für sie reichen, daß sie wenigstens riechen dürfen, was die anderen verpeifen.

Aber man schaue sich einmal die Händler dieser Waren an. Meistens sind es abgegründete, blasse Gesellen in zerklüftener Kleidung, die weder der Kälte standhalten, die hinter uns liegt, noch vor dem Regen und Schmutz dieser Tage genügend Schutz bietet. Es ist das ja überhaupt der traurige Zug der Zeit, daß so viele, die ohne Arbeit und Verdienst sind, als letztes Mittel zum Straßenhandel mit allen möglichen Gegenständen gegriffen haben. Noch niemals ist die Zahl der „stehenden“ Händler in Berlin so groß gewesen, wie heute. Sie stehen nicht nur auf den Straßen, sie bestürmen auch die Bewohner der Häuser, und noch niemals sind einem so viele verlockende Angebote vor der Korridor tür gemacht worden. Indessen, das Angebot ist viel größer als die Nachfrage und die Kaufkraft gerade des Publikums, an das sich die Hausierer und Händler wenden, ist sehr gering. Andere Händler wieder haben es sich zur Spezialität gemacht, nur Behörden und Bureaus aufzusuchen. Sie kommen meistens an Tagen der Gehaltszahlung, und manche von ihnen machen wohl auch Geschäfte, aber die meisten bieten vergebens an, denn der Andrang ist so groß, daß zu Stunden die Bureautüren nicht stillstehen.

In einer Strohwede konnte man unlängst folgendes beobachten: Ein Händler mit Apfelsinen und neben ihm ein Hausierer mit Pfannkuchen. Beide schon ältere Männer in besagenerem Aufzug, mit Lohern in den Strümpfen und Stiefeln. Unausgesehen suchte ein eiskalter Regen nieder und ein grausamer Wind legte durch die Straßen. Und der eine der Händler klagte über seine Not, klagte über die Kälte und daß keine Käufer kommen wollen. Da entgegnete der andere mit einem Optimismus, der etwas wahrhaft Erschütterndes hatte: „Na, ich man, Rage! Du jetzt et ja uff's Frühjahr!“ Und es war einem, als wenn die Straße plötzlich dunkel würde, und die Apfelsinen und die Pfannkuchen düstern gar nicht mehr.

Dreistreiberei auf dem Buttermarkt.

Nachdem die Landwirte erst unlängst durch eine „Angebotsgleichung“ der Preise für „Inlandsware“ an die Preise für dänische und holländische Butter eine Heraushebung ihrer Milchprodukte erzwungen hatte, macht sich augenblicklich auf dem Buttermarkt eine Dreistreiberei bemerkbar, der holländische die hiesigen Behörden und der preussische Staatskommissar für das Ernährungswesen energig entgegenzutreten werden. Durch den Umstand, daß der Preis für inländische Butter erst unlängst von 1,60 M. auf 1,80 M. heraufgehoben worden ist, wurde der in Abhängigkeit von der Butternotierung stehende Milchpreis ebenfalls erhöht, und so ergab sich die Tatsache, daß es für die Landwirte vorteilhafter wurde, frischem Milch in die Städte zu liefern, anstatt die Milch zu verbuttern, wie das bisher geschah. Durch diese Maßnahme wurde natürlich eine gewisse Knappheit der Butterproduktion herbeigeführt, die allerdings durch die reichlichen Zufuhren an Auslandsbutter vollkommen ausgeglichen wurde. Die Landwirte mußten sogar befürchten, daß dänische und holländische Butter die deutsche Ware in noch stärkerem Maße als bisher verdrängen und so beschloß die Landmolkereien, die deutschen Butterpreise in die Höhe zu schrauben, um durch die gleichzeitig automatisch eintretende Erhöhung der Milchpreise den Verlust wieder einzubringen, der ihnen durch den Rückgang des Konsums an deutscher Butter zu entgehen drohte. So ist in wenigen Tagen der Preis für

(Redaktion durch Wolff-Verlag, Berlin.)

Der Bürger.

Von Leonhard Frank.

„Schweinierei!“ brüllte Jürgen, erwartete die Zimmerrevolution, sah die böse herausgedrückten Augen der Tante. Die Szene von früher wiederholte sich:
 „Was hast du gesagt?“
 „Ich hab's doch nur gedacht.“
 „Du lägst mir wieder ins Gesicht hinein?“
 „Wenn doch diese verdammte Uhr endlich aufhören würde zu ticken!“
 Sie machte eine barsch abschließende Handbewegung und stellte die Häkelnadel senkrecht gegen ihn: „Wenn du erst in Amt und Würden sein wirst...“
 Sein ganzer Körper wurde gemauerter Widerstand. „Niemand! Ich studiere Philosophie.“
 Zuerst legte sie die Häkelnadel weg, griff nach der Stickerin und stach langsam die Nadel von unten in den Stickerohren, zog sie senkrecht hoch. „Du weißt, dein Vater will...“
 „Er ist ja tot. Tot!“
 „daß du Amtsrichter wirst.“
 Sein Gesicht verzog sich zu einer Lachstrophe. Und in die Pause hinein gestand er: „Ich studiere seit einem Jahre, studierte von Anfang an Philosophie. Ueberhaupt nie eine andere Vorlesung gehört!“
 Da sah sie aufrecht, fastete übertrieben ruhig die Hände im Schoß: „In diesem Falle würdest du nicht einen Pfennig mehr von mir bekommen. Von was also wolltest du leben? ... Philosophie? Was willst du denn werden?“
 „Er sah das Schäferchen auf dem Heiligenbilde an. „Werden?“ Die Uhr tickte: „tick—tick, tick—tick.“
 „Nun, was also? Alle deine Schulkameraden wissen längst, was sie werden wollen.“
 Plötzlich schlug seine Kinnigkeit in Wut um. Er brach in die Knie, preßte beide Fäuste an den Hinterkopf und brüllte wild: „Nichts weiß ich! Landstreicher werde ich. Ich gehe auf die Wandstraße. Ein Gauner werde ich, wenn du mich noch länger quälst.“
 Der Kniende stierte auf die Krüppelfamilie, die grau-elend, schemenhaft vor der Dunkelheit stand. Auch den strotz-

enden Säugling auf der Mutter Arm sah Jürgen. Kniend rutschte er auf die imaginäre Gruppe zu und zur Tür hinaus. Erst oben in seinem Zimmer kam die Wut voll zum Ausbruch. Zulezt rief er die Walschüssel mit beiden Händen in die Höhe und schmetterte sie auf den Fußboden. Die Stirn blutete. Das Zimmer war verwüstet.
 Allmählich wurde der vom Weinen Gestohene still. Er sah, Arme verschränkt, Kopf darauf, am Tisch. Tränen und Speichel vermischten sich auf der Tischplatte. So blieb er hocken.
 Plötzlich deutete er durch den Fußboden auf das Heiligenbild im Wohnzimmer und verlangte ausdrücklich: „Das Lämmchen mußt dem Heiligenbild weggenommen und der Krüppelfamilie vor die Füße gekickt werden.“
 „Der arme Jürgen! Sei haben ihn so lange gequält, bis er irrsinnig wurde“, ließ er Katharina Lenz sagen, ahnte eine Kinderstimme nach, schmolte trotzig und weinerlich: „Man muß das Lämmchen zur Krüppelfamilie tun.“
 „Wie man ihn gequält hat! Jetzt ist der Arme irrsinnig,“ klagte Katharina.
 Und er schauspielerte: „Das Lämmchen gehört zu der Krüppelfamilie... Bäh, bäh, bäh!“ Müdigkeit drückte des Krüppelsten Wange auf die Tischplatte. Noch einmal hob er das von Tränen und Blut verschmierte Gesicht, rief trotzig und böse: „Bäh!“ und schlief ein.
 Da erschien, grün und aufgetrieben wie ein Ertrunkener, der Vater hinter dem Stuhle, tippelte Jürgen auf die Schulter und sagte leise und lächelnden, weitgeöffneten Mundes, so daß alle Zähne bleckten: „Na, du schmähliches Etwas.“ Dabeh drehte der Vater des Jahresmarktes riege, vieltausendstimmige Drehorgel, deren Töne fernher drangen durch den warmen Herbstabend.
 Der Kontakt im Tunnel der Berg- und Talbahn funktionierte schon. Die Bude links neben dem Zaubertheater war mit Hilfe von Delfarbe in einen alten Stall umgewandelt, aus dessen Luke Heu hervorquoll. Der Kopf des mit kosmetischen Mitteln hergerichteten „Verdegeßtes“ sah sehr abnorm aus.
 Das Herz brüllte in das Reifenhorn, das Seidel hatte machen lassen: „Hier ist zu sehen der Mensch mit dem Pferdekopf! Die größte Abnormalität der Welt! Er frisst Heu wie Brot! Hafer ist ihm das liebste!... Man höre ihn wiehern.“ Alles mächtig ins Horn, starrte, hand am Ohr, ins Publikum: Aus der Bude erklang das brünstige Wiehern des Pferdegeßtes.

Auch Jürgen, der außerhalb der Stadt auf der bewaldeten Höhe stundenlang am selben Fleck reglos gelegen war und sich nach dreißig Schritten, gepiepelt von Unruhe und Kälte, wieder in das Moos hatte fallen lassen, den Blick fernaus gerichtet, dem Flußlauf nach, in das weite Land, dem Meere zu, ganz und gar erfüllt von dem Wunsch, aller Last zu entlaufen, hinaus in ein Leben der Ungeborgenheit, wurde auf dem Heimwege angezogen von den Drehorgelmelodien, die, wie in der Knabenzeit, in ihm das Gefühl wieder erwecken ließen, daß hier die Freiheit sei.
 Das ist dasselbe Gefühl, das den sechsjährigen Sohn des Geheimrates sagen läßt: „Ich will Droschkentischer werden,“ dachte er und betrachtete den Stall. Rechts stand: Eingang; links: Ausgang. In der Mitte sah Leo Seidel vor der grünen Drahtgitterkassette.
 Ihn jedoch hat nicht dieses Gefühl vor die Schaubude gesetzt, dachte Jürgen, wollte schon durch die Menge durch, die drei Stufen hinauf, Seidel zu begrüßen, erinnerte sich in dieser Sekunde der Weltgeschichte und seines letzten Gesprächs mit Seidel und verließ den Jahrmarkt.
 Seidel hatte Jürgen nicht bemerkt; er war sehr beschäftigt. Wenn die Leute sahen, wie das aus der Luke heraushängende Heu sich bewegte, siegte bei vielen die Neugierde, einen Menschen mit einem Pferdegeßte beim Heufressen zu beobachten, so daß die Bude immer guten Zulauf hatte.
 In der Hand die Rechnungen für Delfarbanstrich, innere Ausstattung, Reifenhorn und Stallmeisterkore, die Das Herz trug, und im Kopfe die Idee, daß nur derjenige zu Geld kommen könne, der andere für sich arbeiten lasse, stellte der schlaftrüchtige Seidel Herz und Verdegeßte am Wochenkapital vor die Wahl, entweder Mitinhaber zu bleiben und während der ganzen Weshdauer auf jeglichen Verdienst zu verzichten — denn diese Rechnungen mühten erst gewissenhaft bezahlt werden —, oder alle Mitinhaberrechte abzutreten und sofort Angestelltengehalt zu beziehen.
 Das Herz schrieb: „Der Gemeindefiskus war mein einziges Erbe.“ Das Pferdegeßte erklärte, nicht jeder könne seine Bilanz als Pferdekopfe für Geld ausstellen, und jeden Tag bis Mitternacht Heu fressen, sei auch keine Kleinigkeit. Die grüne Drahtgitterkassette, in der die Wocheneinnahme lag, klappte zu.
 Da wählten die beiden das Geld in die Hand. Seidel war Alleinhaber.

(Fortsetzung folgt.)

Deutsche Butter um 30 bis 40 Pfennig pro Pfund, für keine Tafelbutter sogar bis zu 60 Pfennigen in die Höhe gegangen, und diese Heraufschraubung des Preises ist umso unbedeutender, als die Milchproduktion sich jetzt von Woche zu Woche hebt. Bezeichnend für das Vorgehen der Landwirte ist die Tatsache, daß nach der letzten Preisverhöhung für Butter und Milch die Zufuhren für Berlin innerhalb von vier Wochen von 150 000 auf 350 000 Elter gestiegen sind. Hoffentlich wird durch ein energisches Eingreifen der Behörden verhindert, daß sich diese Wachstumsraten zu einer Reihe neuer Preissteigerungen entwickeln.

Eine Leichenverwechslung.

Von Zeit zu Zeit passiert es immer mal wieder, daß in der Leichenhalle eines Friedhofes zwei Leichen ortswechselt werden, weil an den Särgen nicht die Namen der Toten beschriftet sind. Es ist möglich, daß solche höchst peinlichen Verwechslungen sogar öfter vorkommen, als die Öffentlichkeit davon erfährt. Man kann sich denken, wie es auf Hinterbliebenen wirken muß, wenn ihnen bekannt wird, daß die Leiche ihres lieben Toten von Fremden zu Grabe geleitet worden ist und daß sie selber die Leiche eines Fremden zu Grabe geleitet haben. Wir wundern uns, daß nicht längst Berichtigungen getroffen worden sind, die Derartiges ganz unmöglich machen.

Auch auf dem Georgenfriedhof an der Landsberger Allee ist kürzlich eine Leichenverwechslung vorgekommen. Als die Hinterbliebenen eines Mannes, dessen Leiche vom Krankenhaus Bekanten nach der Leichenhalle des Friedhofes gebracht worden war, zu der für die Beerdigung festgesetzten Zeit auf dem Friedhof eintrafen, fanden sie die Leiche nicht mehr in der Halle. Hier stand ein brauner Sarg, sie hatten aber einen schwarzen Sarg gekauft, in dem auch die Leiche auf dem Friedhof eingeliefert worden war. Die Annahme, daß der Mann bereits beerdigt sein sollte, schien der Witwe und ihren Brüdern zunächst nicht recht glaubhaft. Soeben war ein schwarzer Sarg hinausgetragen worden, den ein ihnen fremdes Trauergesolge zu Grabe leitete. Sie eilten hinterher, um zu sehen, ob hier nicht eine Verwechslung passiert sei. Aber man gab ihnen die Versicherung: „Nein, nein, das ist unser Toter, wir haben die Leiche gesehen!“ Also war es doch wahr, daß man die andere Leiche irrtümlich ohne Anwesenheit der Hinterbliebenen schon beerdigt hatte? Aus der Beschreibung des Sarges wurde es dem Friedhofsinспекtor zur Gemahnt, daß hier tatsächlich eine bedauerliche Verwechslung vorliegen mußte. Der Sarg, auf den die Beschreibung passte, war schon am vorhergehenden Tage der Erde übergeben worden, ohne daß der Irrtum bemerkt wurde. Der Inspektor ordnete jetzt die Wiederansgrabung an, und die am folgenden Tage herbeigerufene Witwe konnte feststellen, daß der Sarg, der nochmals geöffnet wurde, die Leiche ihres Toten barg. Der Verstorbene wurde dann zum zweiten Male beigesetzt, diesmal geleitet von dem richtigen Trauergesolge.

Wir hören, daß nach dem peinlichen Vorkommnis der Inspektor des Georgenfriedhofes angeordnet hat, künftig an jedem eingelieferten Sarg den Namen mit dem Namen des Toten anzugeben. Die Verwechslung war nämlich dadurch verursacht worden, daß der Sarg nur auf dem Sarg lag und wahrscheinlich durch einen Unstimm herabgerollt wurde. Es dürfte sich empfehlen, überall endlich den Brauch abzuschaffen, die Särge in jener unsicheren Weise zu kennzeichnen. Den Sarg mit dem Namen anzugeben, ist wohl das Sicherste. Aber vielleicht genügt es, wenn die Sarghersteller an jedem Sarg einen in der Farbe des Sarges zu lesenden kleinen Aufkleber befestigen, in dem sich ein kleines Kärtchen mit dem Namen des Toten eingeschrieben liege.

„Wohlzutun und mitzuteilen vergesse nicht!“

Bei Spendenansammlungen hat man mit Sammelbüchern, die öffentlich aufgestellt wurden, wohl niemals besonders gute Erfahrungen gemacht. Selbst an Bergungsmitteln, wo manchen das Geld recht locker fließt, sollen diese Bücher gewöhnlich nicht viel Ertrag gebracht haben. Die Leute, die geben wollen, ohne daß ein anderer sieht oder erfährt, wieviel es ist, sind eben doch nicht so leicht gefast. Ein Beispiel hat im Deutschen Theater, wo unten im Foyer am der Kasse und oben im Erfrischungstraum je ein Sammelkasten eines Zeitungsverlages für Spenden zur Speisung der Armen aufgestellt ist, sich die Mühe gemacht, in einer Pause zu beobachten, wieviel Besucher des Erfrischungsaumes dem Kasten ihr Scherflein zumachen ließen. Obwohl ein großes Plakat auf den Zweck des Kastens hinwies, mußte er zu seinem Bedauern sehen, daß kaum einer etwas dafür übrig hatte. Nur ein alter Herr opferte etwas und er selber auch — das war der ganze Erfolg bei völlig ausverkauftem Hause. Eine Gesellschaft von mehreren Personen besetzte sogar den Tisch, auf dem der Kasten stand, und behaglich verpeilten sie ihr Schinkenbrot und ihre Bratlinge, ohne sich durch den Anblick des Kastens und durch seinen Hinweis auf die hungerigen Armen stören zu lassen. Der mißbegierige Beobachter hatte den Einfall, sich an den Zeitungsverlag zu wenden und anzufragen, wieviel Spenden an jenem Abend im Deutschen Theater eingenommen seien. Er erhielt zunächst die Antwort, das könne man nicht so genau wissen, die Kassen würden nur von Zeit zu Zeit geleert. Einige Tage später überlieferte der Verlag dem Frager die inzwischen in der Zeitung veröffentlichte neueste Aufstellung über die eingegangenen Spenden, und er fand darin folgenden Posten: 30,19 Mark Publikumsammlung im Deutschen Theater und in den Kammerspielen (6. Rate). „An wie vielen Abenden dieser Betrag durch die Kassen eingenommen war, konnte man aus der Aufstellung nicht sicher erfahren, aber anscheinend lag die vorhergehende Abrechnung schon um Wochen zurück. Der enttäuschte Frager teilt uns das Ergebnis mit und fügt hinzu (nicht um zu prahlen, sondern um uns die rechte Beurteilung des Ergebnisses zu ermöglichen), daß er selber an jenem Abend 8,40 Mark in den Kasten gesteckt hat. Von den 30,19 Mark kommen also ganze 21,79 Mark auf die übrigen Besucher des Deutschen Theaters, das man gewiß nicht als eine Unterhaltungsstätte der Unbemittelten ansehen kann. Unser Gewährsmann äußert sich in Ausdrücken fürchter Entrüstung über die Gleichgültigkeit, mit der das dort verkehrende Publikum über die Not der Bedürftigen hinwegsieht. Er macht den Vorschlag, daß Theaterbesuche ebenso kräftig wie jetzt das Tanzvergnügen besteuert würden. Da werden ihm nicht viele beistimmen.

Der holländische Kartoffelverkauf.

Das Ernährungsamt der Stadt Berlin legt den Kartoffelverkauf an jedermann frei. Die Preise betragen ab 6 d. M. a) bei Abnahme von 1 bis 10 Zentner 2,30 M. je Zentner, b) bei Abnahme über 10 Zentner 2 M. je Zentner ab Lager. Preisveränderungen bleiben vorbehalten. Die Kartoffelfläger sind folgende: 1. Lagerhäuser Charlottenburg, verlängerte Sophie-Charlotten-Straße, am Oberbahnhof Westend (Tel. Rog. Charlottenburg, Anhalter Bahnhof 222, 2. Hofmatten I und II Spandau, an der Grunewaldstraße (Tel. Spandau 558), 3. Fischuppen Tegeel, Am Hafen (Tel. Tegeel 52, Nebenanschluß Firma Rucht), 4. E.D., Buischerdeulerer Straße 14, 5. E.D., Köpenicker Straße 24a (Tel. Roeth 12159),

6. E. Hofenheide 22/31 (Tel. Roeth 10816), 7. D., Frankfurter Allee 306 (Tel. Köpenick 2118), 8. R., Gartenstraße 14 (Tel. Norden 3496), 9. R., Böttcherstraße 22/24 (Tel. Zentrum 10196, Nebenanschluß der Allgemeinen Berliner Omnibus-Ges., 10. R., Schwedenstraße 14 (Tel. Hansa 619), 11. D., Zentralbahnhof, Eibenauer Straße, Rindfleisch 1, 11 und 1 (Tel. Köpenick 3206), 12. Niederschönweide, Spreerstraße 12 (Tel. Oberschönweide 707), Nebenanschluß der Sandsteinwerke), 13. Richtenberg, Großmarkthalle, Frankfurter Allee 146 (Tel. Richtenberg 344, Nebenanschluß Restaurant König), 14. Rogerviehof, Richtenberg-Friedrichshelde (Tel. Richtenberg 1644, Nebenanschluß Firma Ring), 15. Lagerhaus Tempelhofer, Friedrich-Karl-Straße (Tel. Südring 296, Nebenanschluß Rehlspiecher).

Die Krankenkassenambulatorien.

Zur ärztlichen Versorgung der Kassenmitglieder.

Der Arztstreik gegen die Krankenkassen ist, wie immer wieder festgestellt werden muß, nicht auf Honorarstreitigkeiten zurückzuführen, sondern der Kampf geht der bekannten Reichsverordnung vom 30. Oktober 1923. Die Kassen und ihre Mitglieder mußten dafür büßen, daß die Reichsverordnung, die den Schutz der Kassen bezweckt, nicht den Beifall der Ärzte fand. Infolge des Arztstreiks haben die Kassen eine Anzahl Ambulatorien eingerichtet, um die ärztliche Versorgung der Mitglieder sicherzustellen und für die minderbemittelten Mitglieder freie ärztliche Behandlung zu schaffen. Zurzeit sind in Berlin bereits 20 Ambulatorien in Betrieb. Die in Eile eröffneten ersten Ambulatorien zeigten noch manche Mängel, aber bei den zuletzt eröffneten hat man diese Mängel zu vermeiden gewußt. Das am Rantog im Hause Klosterstraße 65 eröffnete große Ambulatorium entspricht allen modernen Anforderungen. Beim Betreten der Empfangs- und Wartezimmer ist man von der feinen Einrichtung überrascht. Der Besuchende hat hier sicher das Gefühl, nicht als Armenpatient behandelt zu werden. Neben einer Anzahl praktischer Ärzte arbeiten Spezialärzte für fast alle Fächer. Die Behandlungszimmer sind mit dem neuesten ärztlichen Instrumentarium ausgestattet. Ein Blick in den großen Saal für Chirurgie und den kleineren für Frauenkrankheiten zeigt uns die umfangreiche Arbeit der Fachärzte. Um für die Diagnostik alle modernen ärztlichen Hilfsmittel verwenden zu können, ist ein besonderer Raum zur Durchleuchtung und zu Aufnahmen vorgesehen. An einem langen Schalter werden die verordneten Heilmittel und Verbandstoffe sofort in Empfang genommen. In den nächsten Tagen sollen Gräfe, Frankfurt Straße 138 und Gerichstraße 13 noch zwei Anstalten in demselben Umfange eröffnet werden. Die Besuchenden dürfen das mit Genugtuung begrüßen. Für die Rettung der einzelnen kranken Mitglieder liegen bereits Meldungen von ärztlichen Kapazitäten vor. Die Einrichtung von Ambulatorien ist ein alter Wunsch der Krankenkassen, dessen Erfüllung nur an dem Widerstand des Groß-Berliner Arztbundes bisher gescheitert war. Auch die Landesversicherungsanstalt Berlin hatte dieselben Schwierigkeiten, als sie im Jahre 1917 für die infolge des Krieges sich mehrenden Geschlechtskrankheiten eine Behandlungsstelle einrichten wollte. Der Arztstreik hat das Gute gehabt, daß auch für diesen Fortschritt freie Bahn geschaffen worden ist. Das wird besonders für die Einführung der Familienversicherung in Berlin von Bedeutung sein.

Nichts Anstößiges bei den „Nachtübungen“!

In der gestrigen Versammlung des Bezirks Tiergarten stellten die Deutschnationalen einen Dringlichkeitsantrag, der sich mit den bekannten Vorgängen in der Schule Waldener Straße beschäftigte. Die Herrschaften erwarteten wohl, daß von der linken Seite gegen die Dringlichkeit Einspruch erhoben würde. Da sie sich in dieser Hinsicht getäuscht sahen, zogen sie ihren Antrag zurück, der aber von den Sozialdemokraten sofort wieder aufgenommen wurde. Die Deutschnationalen Antragsteller erhoben nun Einspruch gegen die Dringlichkeit des Antrages, den sie fünf Minuten vorher selber gestellt hatten. Es bedurfte einer langen Geschäftsordnungsdebatte und einer Abstimmung, um die Behandlung des Antrages zu erzwingen. Genosse Hedike, der die Dinge aus nächster Nähe beobachtet hat, begründete den Antrag. Nachdem alle Parteien an Worte gekommen waren, nahm die Versammlung gegen wenige Stimmen folgenden Antrag an: „Die Bezirksversammlung stellt fest, daß an den nächtlichen Übungen in der Schule Waldenerstraße Anstoß nicht genommen werden kann.“

Kleiderordnung beim Landesfinanzamt.

Die Anzeigen, daß die Reaktion im Erstarren ist, beginnen sich zu mehren. Immer, wenn die politische Reaktion oben war, gab es einen Kampf gegen die „Unsitlichkeit“ oder was manche Leute so nennen. Folgender Kasus, der unsere Zeit kennzeichnet, hat der Präsident des Landesfinanzamtes Groß-Berlin sich geleistet:

Das Tragen von Kleidungsstücken, die Teile der Brust oder des Rückens sowie die Arme freilassen oder nur in durchsichtiger Weise bedecken, ist den weiblichen Angestellten während des Dienstes untersagt. Die mit der Dienstaufsicht betrauten Beamten sind anzuweisen, auf die Befolgung dieser Anordnung zu achten und Zuwiderhandlungen zur Anzeige zu bringen.

Den weiblichen Angestellten ist hiermit mit dem Bemerkten Kenntnis zu geben, daß Anestellte, die zu Beanspruchungen ihrer Kleidung in der bezeichneten Richtung Veranlassung geben, ihre Entlassung zu gewärtigen haben.

B. B.; gez. Hochhammer.

Man stelle sich vor, welche Auslegungen diese sehr behäbige Vorschrift zuläßt! Welche Kleidung einer Bureauangestellten kann dem Herrn Landesfinanzamtspräsidenten „sitlich“ genug sein? Werden Beamte sich dazu hergeben, die weiblichen Angestellten daraufhin zu bedauern und zu begutachten?

Ausweisungen aus Lettland.

In letzter Zeit haben sich die Fälle gehäuft, daß deutsche Reichsangehörige widerrechtlich, d. h. ohne die Einreisegenehmigung der lettlandischen Behörden zu besitzen, nach Lettland gekommen sind. In der Regel handelt es sich um mittellose Personen. Die lettlandischen Behörden haben in den letzten Monaten eine ganze Anzahl solcher deutscher Reichsangehöriger wegen unbesugter Grenzüberquerung mit Arrest und Ausweisung bestraft. Den amtlichen deutschen Vertretungen im Auslande ist es schon mit Rücksicht auf die schwierige Finanzlage des Reichs nicht möglich, die betreffenden Personen kostenlos heimzuführen. Andererseits bietet sich in Lettland für stellunglose Reichsangehörige zurzeit nicht die geringste Aussicht, Arbeits- und Aufenthaltserwerb zu erhalten. Selbst bei nachgewiesener Beschäftigung erteilt die lettlandische Regierung fremden Staatsangehörigen das Aufenthaltserwerb nur dann, wenn die

Fremden bereits vor dem Weltkrieg in Lettland ansässig waren und mit den einheimischen Berufsflüssen nicht in Wettbewerb treten. Es muß daher vor unberechtigten und zwecklosen Reisen nach Lettland dringend gewarnt werden.

Der geschwindelte Postbeutel.

Der Täter verhaftet. — Verabung von Briefkästen.

Der Beutel eines großen Postbeutels beschäftigte seit einigen Tagen die Kriminalpolizei.

Am 23. Januar hielt früh morgens um 4 1/2 Uhr ein Postwagen vor dem Amt 4 am Stettiner Bahnhof. Ein Mann in Postuniform trat an den Begleitkassierer heran und ließ sich von ihm einen 1/2 Meter hohen Beutel mit Einschreibe- und gewöhnlichen Briefen unter der Vorpiegelung herausgeben, er sei von dem Amt beauftragt, ihn abzuholen. Später ergab sich, daß es ein Schwindler war. In Zeitungsausschnitten und Säulenanschlägen wurde auf einen Mann mit auffallend dünnem Genick als den Täter hingewiesen. Das hatte Erfolg. Die Spur führte weiter nach Weihenice, wo der Mann mit dem dünnen Genick als ein früherer Hilfspostkassierer Goltz jetzt ermittelt und festgenommen wurde. Goltz war wegen Unterschlagung im Amt bestraft und entlassen worden, wofür aber noch keine Beweise und keine Rüge. Er leugnet den Schwindel, ist aber durch bestimmte Zeugenaussagen überführt und wurde dem Untersuchungsrichter zugeführt und in Haft gehalten. Die Ermittlungen ergaben weiter, daß er der fünfjährige Schwager des Kassierers ist, der den Beutel herausgegeben hat. Auch dieser richtige Kassierer wurde festgenommen, aber vorläufig wieder freigelassen. Er bestritt, daß Goltz der Mann sei, dem er den Beutel gegeben hat. Als wichtiger Zeuge kommt nach der Fahrt einer elektrischen Droßke in Betracht, der die beiden Männer gefahren hat. Er konnte noch nicht ermittelt werden und wird er sucht, sich bei der Kriminalpolizei-Stelle in der Königsr. 61 Zimmer 441a zu melden. Der Beutel und die Briefe sind noch nicht gefunden. — Die Verabung von Briefkästen, über die schon einmal gefasst wurde, nimmt weiter in erschreckendem Maße zu. Die Diebe öffnen jetzt Briefkästen nicht mehr mit Nachschlüsseln, wie es früher wohl geschah, sondern erbrechen sie mit roher Gewalt. Das Unwesen, das namentlich für die Geschäftswelt zu einer großen Gefahr auszuwachsen hat, erstreckt sich auf ganz Groß-Berlin, ist augenblicklich aber in Weihenice am ärgsten. Die Oberpostdirektion hat die Ermittlung und Ergreifung eines jeden Täters eine hohe Belohnung ausgesetzt. Die Diebstähle und gewalttätigen Einbrüche können nur im Dunkeln des Abends und der Nacht ausgeführt werden. Die Geschäftsleute werden deshalb auf ihre Post möglichst nicht mehr abends, sondern morgens den Kästen anzuvertrauen. Nachrichten zur Ermittlung der Verbrecher nimmt die Kriminalpolizei-Stelle auch durch Fernsprecher Polizeipräsidium 711 entgegen.

Der russische „Fürst de Golshin“.

Festnahme eines vielseitigen Hochstaplers.

Im Café Vaterland wurde ein angeblicher Rittmeister Prinz de Golshin verhaftet, ein Mann, dessen Persönlichkeit immer noch dunkel ist, obwohl er schon verschiedenen Behörden viel zu schaffen gemacht hat.

Der Verhaftete trat im Jahre 1921 bereits in Berlin auf und ging damals in russischer Offiziersuniform mit den Schnüren des Flügeladjutanten und vielen Orden umher. Er nannte sich Fürst de Golshin, an anderen Stellen auch Graf von Larnapol, auch von Raskatow, Rittmeister im Regiment Garde zu Pferde. In einem Hotel unter den Linden bewohnte er einmal eine ganze Nacht mit einem Zimmer unter dem Namen Moskau, Präsident des ukrainischen Pferdezüchtereines unter der Regierung des Hetmans Storopadsk mit dem Range eines Generals. Urkunden, die seine Persönlichkeit ausweisen hätten, konnte er niemals vorweisen. Russischen Aristokraten und Offizieren, denen er vorgestellt wurde, mußten weder von ihm etwas, noch sonst von einem Fürsten de Golshin. Auch auf Mitglieder des Roten Kreuzes berief er sich vergeblich. Nachdem der vornehme Gold verschunden war, ergab sich, daß er unter seinem höchsten Namen in Berlin, Charlottenburg, Weihenice usw. Darlehen auf und auch ohne Schutzschein erhalten und nicht zurückgezahlt hatte. In Klubs war er nicht nur die Freude schuldig geblieben, sondern hatte auch noch die Anstellungen angeborgt. Hiesige Großhandlungen, denen er auf Grund seiner Verbindungen und seines Einflusses große Geschäfte in Aussicht stellte, hatte er um vorweggenommene Provisionen schwer geprellt. Die Ermittlungen ergaben weiter, daß der angebliche Fürst und Rittmeister auch in Ausland schon Schwindelien verübt hatte. In Würzburg trat er unter dem Namen Dr. med. Freiherr Otto von Dellingshausen auf und erzählte, daß er auf dem Schloß dieses Namens bei Memel geboren, Arzt, Universitätsprofessor und Geheimrat Staatsrat in Petersburg gewesen sei. Hier wollte er angeblich für die Wiederaufrichtung des Kaiserthums in Rußland wirken, hatte aber mit seinen Betrugsvorhaben keinen Erfolg. Zuletzt wurde der Schwindler in Hamburg verurteilt, mußte sich aber der Strafverbüßung zu entziehen und wurde bisher vergeblich gesucht. Western traf ihn ein Kriminalbeamter im Café Vaterland und nahm ihn fest. Wer der Gauner eigentlich ist, weiß man noch nicht. Der Hochstapler, der auch im Stabe des Generals von Bernoud gekämmt haben will, hat medizinische Kenntnisse, spricht vorzüglich russisch, außerdem deutsch, französisch, englisch und auch noch andere Sprachen.

Ersparnisse auf Kosten der Volksgesundheit.

Uns wird geschrieben: Das Stadtbad Kreuzberg in der Bärowald-Straße ist vor kurzem zur Ersparnis von Betriebskosten in seinem Betrieb auf nur drei Wochentage beschränkt worden, und zwar umfaßt diese 50prozentige Schließung der Anstalt sämtliche Badeeinrichtungen, also die Bannbäder wie auch das Schwimmbad. Wenn diese Maßnahme nicht durch den amtlichen städtischen Rührdienst verbreitet worden wäre, würde sie wohl nirgends Glauben gefunden haben, so unbegründet ist sie. Wer auch nur eine Ahnung davon hat, wie bei vollem alltäglichen Betrieb diese Badeanstalt belagert worden ist, und wie sich die Badebedürftigen gern bereitgefunden haben, eine erhebliche Wartezeit in der Anstalt zuzubringen, bevor sie zu dem Genuß des Bades kamen, der kann zu dieser Maßnahme des Bezirksamts Kreuzberg nur den Kopf schütteln. Wie vereinbart sich diese Ersparnis auf Kosten der Gesundheit der Bevölkerung mit den Ausgaben, die man andererseits macht, um das verelendete Volk durch Sonberpfelungen und

BORG ZIGARETTEN FÜR QUALITÄTSRAUCHER

MAGGI'S Erbs-Suppe

in Würfeln

ist ganz vorzüglich

Man achte auf den Namen **MAGGI** und die gelbrote Packung



Unterföhrungen wieder in die Höhe zu bringen! Die öffentlichen Baderanstalten sind außerdem noch nie so notwendig gewesen als heute, da zahlreiche Familien ihre Badezimmer wegen Einstellung der Zentralheizung und Warmwassererzeugung nicht mehr benutzen können. Es erklärt sich hieraus auch zum guten Teil der außerordentliche Andrang zu diesen Baderanstalten. Unseres Wissens ist zudem das Bezirksamt Kreuzberg das einzige von den 20 Bezirken des alten Berlins, das sich zu einer solchen Sparmaßnahme angehtlich verhalten hat, wie man hört auf Grund der Verweigerung eines bisher gezahlten Zuschusses durch die Bezirksversammlung. Wenn es sich in der Tat hier nur um eine Geldfrage handelt, so würde eine Erhöhung der zum Teil außerordentlich gering bemessenen Paderpreise voraussichtlich mit Beistimmung der Abhilfe schaffen. Wer 25 Pfennige für ein Wannenbad bezahlt, opfert auch gern 50 Pfennige, und die Wannenbäder mit jezt 10 Pfennigen würden auch mit 15 Pfennigen nicht zu hoch bezahlt sein. Es wäre dringend notwendig, diese Angelegenheit ungesäumt einer Nachprüfung zu unterziehen. Was in den übrigen Bezirksämtern möglich ist, das muß sich auch im Bezirksamt Kreuzberg durchführen lassen.

Brasilienauswanderer.

Folgendes Brief eines zuverlässigen brasilianischen Genossen läßt die Auswanderung nach Brasilien in seinem rosigen Licht erscheinen:

„Sie haben mich um Auskunft über die gegenwärtigen Lebensverhältnisse Brasiliens. Sie sind sehr ähnlich denen aller anderen bürgerlichen Länder; Brasilien ist sehr behaglich für Reiche, und ein bitterer Aufenthalt für Arme. Auf den Straßen der Hauptstädte begegnet man alle Augenblicke deutschen und österreichischen Einwanderern; oft begrüßen sie uns mit folgenden Worten: „Landsmann, ich habe nichts zu essen, nichts zu trinken. Wollen Sie mir ein wenig Geld geben?“ usw. — Hat man Zeit zu fragen, so erzählen sie von ihrer schmerzvollen Vergangenheit, von ihren Hoffnungen und nunmehrigen Enttäuschungen. Geben Sie sich so nicht der Illusion hin, daß es leicht zu leben ist in einem neuen Lande, in dem die Völker des Kapitalismus noch nicht so vorherrschend. Gewiß existiert hier die Wohlhabendheit, leichter etwas zu verdienen als in der alten Welt; aber man kommt gut vor, bereitet zu einem lebhaften Kampf ums Dasein! Sie fragen, wieviel kostet ein kleines Gut. In der Nähe der Stadt, besonders großer Städte, ist sehr viel Geld nötig, z. B. 10000 Dollar für ein gutes oder mindestens 2000 Dollar für ein kleines Gutchen; aber weiter entfernt von den Städten kauft man ein Gut sehr billig. Für 1000 Dollar z. B. ein gutes Gut, bestehend in den inneren Teilen des Landes und sogar für 500 Dollar ein kleines Grundstück. — Was die Wohnungen betrifft, so kann ich nur sagen, daß es in großen Städten gewöhnlich nicht ist, bezeich-

dene Wohnungen zu bekommen; etwa 10—20 Dollar oder komfortablere zu 30—50 Dollar pro Monat. — In kleineren Dörfern sind die Preise selbstverständlich bedeutend geringer; für ein gutes Haus etwa 2—3 Dollar pro Tag (Miete). Es handelt sich um amerikanisches Geld, weil der brasilianische Mireis schnell fällt und die Preise sich verdoppeln. — Die Lebensmittelpreise sind unergiebiglich billiger als in Europa. Etwa für Reis, Hülsenfrüchte, Kartoffeln, Rasse, sojabohnen ist die Hälfte der jetzigen Preise in Deutschland; aber ich kann sie nicht genau fixieren, da sie viel wechseln. In unserer Stadt existiert nur eine deutsche Schule, deren Leitung sich aus Monarchisten und Patrioten zusammensetzt. Die brasilianische Regierung gibt übrigens nur selten Freiwillette an Landwirte. Die englische und französische Sprache ist hier gut bekannt, aber die deutsche gar nicht. Wegen der Hochzerecke aus dem Weltkrieg, in dem Brasilien von Anfang bis zu Ende Feind Deutschlands war, und wegen der Hochpropaganda durch französische und englische Delegierte im ganzen Land sind die gegenwärtigen Verhältnisse nicht gerade empfehlenswert.“

Zum Schluß empfiehlt der brasilianische Genosse den Gebrauch der Esperanto-Sprache, mit der man leichter als mit der National-sprache von Volk zu Volk verkehren könnte.

Arbeiterbildungsschule Groß-Berlin.

Morgen, Freitag, den 8. Februar, abends pünktlich 7 Uhr, beginnen folgende Wahlvorbereitungskurse: 1. 1. Kreis und angrenzende Bezirke in der Sophienstraße, Seimelstr. 16/17. Der Vortragraum wird am schwarzen Brett bekanntgegeben. 2. 6. Kreis und angrenzende Bezirke im Zentraljugendheim, Lindenstraße 5, 2. Hof 3 Tr. 3. 14. Kreis und angrenzende Bezirke in der Anaden-Witwenkassa, Reußstr. 120/22. Lehrer sind die Genossen Dr. Richard Lohmann, Erich Kuttner und Albert Dörfling. Die Teilnahme aller Funktionäre und rednerisch befähigten Genossen und Genossinnen ist unbedingt erforderlich. Die Kurse umfassen sechs Abende und finden regelmäßig jeden Freitag statt. Die Hörgelder einschließlich Sozialbeitrag betragen pro Abend 15 Goldpfennige und ist im Gesamtbetrag von 90 Goldpfennigen im ersten Abend zu entrichten. — Am Donnerstag, den 21. Februar, abends 7 Uhr, beginnt die letzte Vortragsreihe für die Kreise Charlottenburg, Tiergarten und angrenzende Bezirke, im Jugendheim Charlottenburg, Köpenickerstr. 3. Lehrer: Genosse Arthur Crispin.

Zur Förderung der Volkskultur wird die Reichsbahn auch in diesem Jahre wieder Feriensonderzüge verkehren lassen. Um der bedürftigsten Kaufkraft und der wirtschaftlichen Rolle weitester Kreise soweit wie möglich Rechnung zu tragen, wird statt

der bisherigen Ermäßigung von 25 Proz. eine weitergehende von 33 1/2 Proz. gewährt werden.

Von einem Lastauto folgefahren. Am Dienstag nachmittag gegen 6 1/2 Uhr wurde eine etwa 50—60 Jahre alte Frau beim Lieberfeldener des Fahrweges in der Schmidtstraße an der Einmündung der Schillerstraße durch einen Lastkraftwagen mit Anhänger der Firma Weinberger, Alie Jakobstr. 15/18, überfahren und auf der Stelle getötet. Die Leiche wurde von der Kriminalpolizei beschlagnahmt.

Die öffentliche Mieterversammlung, die bereits im gelben Abendblatt angekündigt wurde, findet nicht, wie angekündigt, am Donnerstag, 1. der Schule am Schillerischen Wer, sondern erst am Freitag 7 1/2 Uhr in der Schule am Schillerischen Wer 12 statt.

„Wie lage ich es meinem Kinde.“ Für die Gesellschaft für Bekleidungs- und Schuhwaren (Vereinsheim, abends 8 Uhr, im Institut für Wirtschaftswissenschaften, Georgenstraße 34—36, Frau Margarete Holmann-Köhler: „Wie lage ich es meinem Kinde?“ Abends 8 Uhr.

Sturmflut in Hamburg.

Infolge heftigen Nordweststurmes, der Dienstag nachmittag einsetzte und von 11 Uhr abends eine Stärke bis über 25 Sekundenmeter erreichte, trat in Hamburg in der Nacht zum Mittwoch Sturmflut ein. Der höchste Wasserstand wurde morgens um 6 Uhr mit 7 1/2 Metern über Null erreicht. Die Landungsanlagen bei Neuenbüchen wurden vom Wasser überflutet, so daß die Dampfer nicht mehr anlegen konnten. Am St. Pauli-Fischmarkt drang das Wasser über die Ufermauern und überflutete die Straßen und Gassen. In den Vorlagen stand das Wasser fast bis an den Riemen der Hochbahn. Die Keller der Wohnhäuser hatten unter dem eindringenden Wasser Wasser zu leiden. Bei Eintritt der Ebbe flaute der Sturm ab, Wasser und Eis floßen nach der Unterelbe ab.

Auch in Wismar und Rostock trat die Morgenstunden hinein ein starker Schneesturm. Besonders heftig war er an der Rüste. An Telefonleitungen sind erhebliche Störungen eingetreten.

Wieder Seefahrten nach Danzig und Pillau. Wie aus dem Reichsverkehrsministerium mitgeteilt wird, werden die Fahrten von Swinemünde über Neufahrwasser nach Pillau im bisherigen Fahrplan zweimal wöchentlich wieder aufgenommen. Die erste Abfahrt findet von Swinemünde am Donnerstag, den 14. Februar, abends 6.45 Uhr, von Pillau Sonnabend, den 16. Februar, vormittags 10.45 Uhr, statt. Der Fahrpreis beträgt für die Strecke Swinemünde—Neufahrwasser oder Swinemünde—Pillau 15 Goldmark, für die Strecke Neufahrwasser—Pillau 7.50 Goldmark.

Nährflocks

REZEPT NR. 5

Gemüse-Nährflocks

Gemüse (Spinat, Mangold, Kohl oder Kraut usw.), kocht man auf die gewöhnliche Art. Vor dem Auftragen straut man eine dicke Schicht der blätterartigen Knospigdarüber. Der Wohlgeschmack wird noch künstlicher, wenn man die Nährflocks vor dem Darüberstreuen in Butter oder Fett leicht aufröstet. — Gemüse-Nährflocks bilden eine sättigende Hauptmahlzeit für die ganze Familie. Sie ersetzen durch hohen Nährwert und volle Schmeckhaftigkeit teure Fleischgerichte. Überprüfen diese aber an Bekömmlichkeit und vor allem auch an Billigkeit.

„Die wichtigste und wertvollste Neuerung in der täglichen Ernährung und in der Familienküche“, so kann man „Nährflocks“ ohne weiteres bezeichnen. Nährflocks sind durch ihre volle und nachhaltige Nahrung, ihre Schmeckhaftigkeit und Leichtverdaulichkeit, ihre sofort tishere Beschaffenheit (sicherlich geröstet im Vakuum, ihre Allverwendbarkeit als selbständige Speise und als verbessernde Zusatz zu fast jedem anderen Gericht) und besonders auch durch ihre große Billigkeit in jedem Haushalt unentbehrlich.

Zu haben in allen einschlägigen Geschäften.

Seciferrin

Nervenstärkend - blutbildend

Direkt an Private

Am Sonntag, den 3. Februar verstarb nach ein. schwerem Leiden an 78-jähriger Ang. steller

Hermann Lundt

Wie ver. loren in ihm einen stets friedigen und pflichttreuen Angestellten und werden sein Anwesenken stets in Ehren halten.

Der Vorstand der Allgem. D. iskrankenasse Berlin Wilmersdorf.

Die Einäscherung findet am Freitag, den 8. Febr., nachm. 2 1/2 Uhr, im Krematorium Berlin-Wilmersdorf, Berliner Straße, statt. 101-11

1 Kilo Seife 20 Pf.

„Ein neuer Geist“ Dies. hat. Verdienst. mögl. best. Broschür. erhalten Vorwärtsstrebende und

Erfinder F. Erdmann & Co., Berl. Hauptstr. 71.

— Alte Gebisse — auch zerbrochene, kauft z. Tagespreis Zahn-Ankauf

S. Zymelski, Weißburger Str. 12

Metallbetten Sternzwirne, Zwirne, Stahlmatten, Kinderbetten für ein Priv. Kat. 30A frei. Eisenmöbelfabrik Suhl Thür.

Deutscher Metallarbeiter-Verband Mittwoch, den 13. Februar, abends 7 Uhr, im Verbandshaus (Gingungsloal), Bismarckstraße 54-55.

Branchenversammlung der organisierten, erwerbslosen Kollegen der Schenkonstruktions-, Fecht- und Signalbauindustrie.

Mitgliedsbuch legitimiert. Die Ortsverwaltung.

Marken-Zigaretten Saba, Halpau, Juno, Salem, York, S. C. Wenest, Blaukopf. Alle führenden Marken am Lager Große Auswahl in Zigaretten, Tabak.

Helsenberg Nchf. Krolapp, Grüner Weg 85 (am Andreasplatz).

Schokoladen kaufen Sie preiswert und vorzüglich in der Schokoladen-Großhandlung **Gustav Bunde, Dresdener Straße 111.** Große Auswahl aller beliebigen Gattungsnisse 10

WEISSE WOCHEN

Wir bringen in dieser Woche Waren aller Art in guter Qualität zu enorm billigen Preisen

Schürzen

Zierschürzen Ratier, mit reichem Stick-Bin-u.-Ansatz 95 1 1 45
Zierschürzen Ratier, mit reichem Stickerei-Bin-u.-Ansatz 1 45 1 75
Wiener Form Ratier o. Lata, mit reichem Stickerei-Bin-u.-Ansatz 1 45 2 25
Wiener Form Ratier, mit Lata, mit reichem Stickerei-Bin-u.-Ansatz 1 95 2 45

Stickereien

Stickereien ca. 6 cm breit, 1 25
Stickereien ca. 6 cm breit, 20 Pf.
Stickereien in Madapolam, passende Binastück, 6cm br., Meter 55, 45 Pf.
Rockstickereien ca. 17 cm breit, Meter 65 Pf.
Rockstickereien ca. 21 cm breit, reich gestickt, 95 Pf.
Rockstickereien ca. 27 cm breit, mit Plättchen, 1 40

Herren-Artikel

Weisses Oberhemd Pikee, ungewaschen, mit Manschetten 5 25
Weisses Oberhemd mit Pikee-Kinast und Manschetten, gediegene Qualität 7 50
Herren-Taghemd in guter Ausführung 4 25

Trikotagen * Strümpfe

Herren-Hemden u. Beinkleider wollgemischt u. makrofarbig, alle Größen 1 95 3 75
Damen-Schiupfhöschchen Baumwolle, gewebt, in vielen Farben 1 60 2 45
Kinder-Leibhöschchen wollgemischt und Baumwolle, weles 1 75 Gr. 90-110 2 25
Kinder-Sweaters Baumwolle, gewebt, farbig 1 75 Gr. 10-15 2 25
Damen-Strümpfe u. -Socken schwarz und farbig 75 Pf. 1 10 1 45
Herren-Schweisssocken grauweiß, ohne Naht 45 Pf.

Weisses Stickgarn 1 30 mit Glanz, 30 Dutzend, Karton
Weisse Jumperwolle 1 30 1-0-Gramm-Loche

Blusen

Weisse Kimonobluse mit Spitzen 2 25
Weisse Kimonobluse aus Vollwolle mit Spitzen 5 00
Weisse Fichubluse aus gestreitem Batist 3 50
Weisse Fichubluse aus Vollwolle 8 00

Handarbeiten

Mittendecken mit Spitzen und Filletinsatz 2 00
Nachtischdecken mit Spitzen und Filletinsatz 85 Pf.
Tablettdecken mit Einsatz und Spitzen 85 Pf.
Bajazzkissen Halbwoll, mit Verzierung 85 Pf.
Kissenstreifen vorgezeichnet 55 Pf.
Quadrate, Taschentücher 25 Pf.

Weisse Segeltuchschuhe weisse u. schwarze angez. Gummieohle
 Gr. 27-30 2 60 Gr. 31-35 2 90 Gr. 36-40 3 60 Gr. 41-45 3 90

Weisse Damen-Halbschuhe aus Schürzen u. mit pange-schöne Form u. gute Qual. 3 90

HERMANN

Leipziger Straße Alexanderplatz Frankfurter Allee

Weisse Kinderstiefel in vorzüglicher Qualität, breite, bequeme Form
 Gr. 25-30 3 50 Gr. 31-35 4 90 Gr. 36-40 5 20 Gr. 41-45 5 90

Weisse Herren-Halbschuhe moderne spitze Form, in guter Qualität 6 50

Wurstwaren

- Zwiebelberwurst 54 Pf.
- Landleberwurst 94 Pf.
- Fleischwurst Thüring. Art 110
- Mortadella 114
- Leberwurst Hannoverische 124
- Zervelatwurst 1. Pottsd. 2 M

Käse

- Harzer Käse Kiste (ca. 5 1/2 Pfd.) 110
- Tilsiter Käse 70 Pf.
- Edamer Käse 1 M
- Romatourkäse 40 Pf.
- Margarine 1 Pfd.-Paket 48 Pf.

Obst

- Apfelsinen 58 Pf.
- Gelbe Tafeläpfel 28 Pf.
- Graue Reinetten 28 Pf.
- Zitronen 32 Pf.
- Weintrauben Almeria 90 Pf.
- Maronen 35 Pf.

- Tafel-Apfelwein 50 Pf.
- Johannisbeer-Waln. 110

- Hausmacher-Sülze 44 Pf.
- Rindfleisch ohne Knochen 2 Pfund-Dose 110

A. Wertheim

Billige Lebensmittel

Donnerstag und Freitag, soweit Vorrat

Frisches Fleisch

- Schweine-Schlacken 85 Pf.
- Schweine-Bauch u. Blatt 85 Pf.
- Schweinerücken 85 Pf.
- Rückenfett 80 Pf.
- Liesen 80 Pf.
- Gehackt. Fleisch 70 Pf.
- Fettes Ochsenfleisch (gefroren) 55 Pf.

Weißwein

- 1922 Thüringershelmer Wagenwand 110
- 1920 Dürkheimer Riesling 140
- 1920 Dürkh. Nonnengarten 2 M

Rotwein

- 1922 Neckarsulmer 150
- 1922 Dürkheimer Portugieser 180
- 1922 Oberingelhelm. Portug. 2 M

Naturreiner spanisch. Rotwein

- 1922 San Anton Montagne 210
- 1920 Delimonta 240

Bordeaux und Burgunder

- 1919 Château Latour Bordeaux 390
- 1918 Château de Puisseguin Bordeaux 480
- 1918 Côte de Beaune Burgunder 380
- 1918 Beaujolais Burgunder 520

Sämtliche Wein-Preise verstehen sich einschließlich Steuer und ohne Flasche

Kolonialwaren

- Gelbe Erbsen 2 Pfd. 25 Pf.
- Haferflocken 15 Pf.
- Schnittnudeln 22 Pf.
- Backpflaumen 32 Pf.
- Kaliforn. Backobst gemischt 85 Pf.

Konserven

- Corned-Beef amerikanisch 55 Pf.
- Oxford Sausage (Wurstchen in Kalbsfell) 105
- Ölsardinen 1/2 Dose, fleisch 95 Pf.
- Wirsingkohl 1/2 Dose 75 Pf.
- Weißkohl 1/2 Dose 70 Pf.
- Stangenspargel extra stark 325
- Junge Schoten fein 1/2 Dose 2 M
- Johannisbeer-Marmelade 5 Pfd.-Eimer 4 M
- Pflaumen ganze Frucht 1/2 Dose 78 Pf.

Räucherwaren

- Makr.-Bücklinge 28 Pf.
- Kiste ca. 3 Pfund 125
- Kieler Sprotten 68 Pf.
- Sprottbücklinge 52 Pf.
- Salzheringe 5 Stück 20 Pf.

- Grüne Heringe 5 Pfd. 70 Pf.
- Dänisches Schweine-Schmalz 1 Pfd. 65 Pf.

Weißer Woche Extra-Preise

für Wäsche, Wäschestoffe usw.

Theater, Lichtspiele usw.

Staats-Theater
Opernhaus 7 1/2 Uhr: Violette
Opernhaus am Königsplatz 7 1/4 Uhr: Martha
Schauspielhaus 7 1/2 Uhr: Die Empörung d. Lucius
Schiller-Theater 7 1/2 Uhr: D. Stiftungsfest

Deutsches Theater
7 1/2 Uhr: Scherz, Satire, Ironie und tiefere Bedeutung
Kammerspiele 7 Uhr: Der Nebelich
Theater i. d. Königgrätzerstr. 7 1/2 Uhr: Die Dame mit d. Scheidungsgrund
Komödienhaus 8 Uhr: Die Kleine vom Varieté
Berliner Theater 7 30 Uhr: DOLLY
Th. Admiralspalast Allabendlich 7 1/2 Uhr: Drahter und drüber
Deutsch-Opernhaus 6 1/2 Uhr: Meisterlanger von Nürnberg
Eh. Hasen. Fik. Kass. Kassier

Intimes Theater
5 Uhr: Der Hinduprinz
Der Schrei usw.

Metropol-Theater
7 1/2 Uhr: Marietta
Operette v. Kollo

Renaissance-Theat.
4 Uhr: Die kindlichen Verliebten

Thalia-Theater
7 1/2 Uhr: Praxigotta
Operette von Lehar
Ham-S. Jadowker, Martha Serak

Theater i. d. Rosenstraße
7 1/2 Uhr: Die Postmeisterin
Volkstümli. Preise!

Walliser-Theater
8 Uhr: Totentanz

Kasper Theat. a. Zoo
7 1/2 Uhr: LILLY FLOHR in Meine Tochter Otto

Neues Volkstheater
7 1/2 Uhr: Der Graf von Luxemburg

Lustspielhaus
7 1/2 Uhr: Der Held des Westerlandes

SCALA
7 1/2 Uhr: 12 VARIETE-KUNSTKRÄPTE

Große Volksoper im Theater des Westens
7 1/2 Uhr: Rodelinde

Apollo-Theater
7 1/2 Uhr: Dir. James Klein 7 1/2 Uhr: Das weiße Haus
Volk und Krone
Teil aus Bismarck-Trilogie
Em. Ludwigs
Lieder 60 Mitwirkende
Singspiel v. d. vormaligen Bühnenfesten

Komische Oper
Allabendlich 7 1/2 Uhr: Die größte Revue des Kontinents: Die Welt ohne Schleier
Trianon-Theater Tägl. 7 Uhr: Die nackte Tänzerin
Lustsp. v. K. Lothar

8 U. Theater 8 U. Folies Caprice
um den Wedding
von Leo Heller
Paul Müller
Rein Langer u. a.

Reichshallen Th.
Tägl. 7 1/2 Uhr
u. Sonnt. 3 U.
Stettiner Sänger

Neues Operetten-Th.
Direction Gerb. Trau u. Max. Stadel
Tägl. 7 1/2 Uhr

Die Guido Thielscher verfertigte Nacht
Schonst. L. S. H. v. Franz Arnold u. Ernst Bach.
Elsa Beck - Claire Kommer - Elly Knefelow
Camilla Spira - Tony Tetzsch - Heinrich
Warior - Leo Preukert - Bernhard Reisinger

Rose-Theater
7 1/2 Uhr: Jugendfreunde

Neue Welt
Inhaber: A. Scholz Hasenheide 108-114

Heute, Donnerstag, den 7. Februar:

BOCKBIER-FEST
in den bayerischen Alpen
8 Kapellen • Bayerische Mad'l • Rutschbahn

Gr. Schweineschlachten
Spezialität: Schlachtchüssel

und **Gr. Alpenball**

Eintritt 6 Uhr Anfang 7 Uhr

Walhalla
Theater
Weinbergweg
15 Weltattraktionen

Wien-Berlin
Unterhaltungs-Varieté
Täglich 8 Uhr:
Das große Programm
mit Carl Prunn u. a.
Die bekannte warme und kalte Küche
Grobe Bier-Abteilung

Sonnabends, Sonntags nachmittags 4 Uhr
Das große Programm!
Ungedruckte Vorstellung.
Eintritt 90 Pf.

Ettablissement Café Zielka
Friedrichstraße 69, Ecke Leipziger Straße
Varieté-Kabarett
Täglich 7 1/2 Uhr abends:
Walter Steiner
Melitta Kieler - Werner Caspari
Leopold Böron - Schorsch Bücheli
Lionotte Jaekel und Riti Martini
Gilberts - Margot Giesel -
2 Kapellen 2
W. Grassmann und V. Hofmann
Tägl. 4 1/2 U.: Nachmittags-Vorst.
4 große Billardsäle

KREDIT AM ALLE

Herrn- u. Damen-Bekleidung
zu kulantesten Zahlungsbedingungen
nur schicken, moderne Formen in jeder gewöhnlichen Größe

Knaben- u. Mädch.-Konfektion

Zur Konfirmation
Anzüge, Kleider, Wäsche
Zuverlässige Bedienung
Grosse Auswahl
Jede Abteilung gleich einem Spezialgeschäft.

B. Feder
Brunnenstrasse 1
Frankfurter Allee 350
Kottbuser Damm 103
Charlitz, Scharrenstr. 5

Hermann Engel
Landsberger Str. 85, 86, 87.

Schlußtage der Weißen Woche
Heute, Freitag und Sonnabend ganz aussergewöhnlich billige Preise!!!

Prima Renforcé-Damenhemden mit Säufere. in neue vor. Form.	2 ¹⁰	Feines Korsett aus besten Stoffen mit 200 Strumpfhalter	2 ⁹⁰
Fein. Kleider Oberhemden mit 2 Weges in Uniformentwicklung	5 ³⁰	Weiß. Handt. weiße Herren-Ärten in allen 4 ⁷⁵	
Damenkleider, elegant seidenfarb. Strümpfe, schwarz und farbige	3 ³⁰	Gew. die Damenkombinationen in allen 4 ⁷⁵	
80 cm breite prima Com. 1111	95	Reinebene Seidentücher, fabelhaft billig.	
Geräufertwandtbl. 40 100	85	51-Damenstrümpfe	7 ⁵⁰
Herren- und Damen-Gummiknäuel, bestes Fabrikat	39.-	81 cm breite prima Renforcé	8 ⁹⁰
Satzkleider Seidenkleider für Tanz, Tee und Theater, aus Crepe de Chine, Crepe satin, Seidestrick und seidenartigen Stoffen	69.- 59.- 48.- 39.50 19.75	Weiße Seidenstrümpfe	8 ³⁰
Fesche Jungmädchenkleider aus reinwoollen gemusterten Stoffen	13.75		

Fabelhaft billiger Verkauf von weißen Vollwolle-Stoffen, Weißen Steins- u. Salzt-Stoffen.
Großer extra billiger Verkauf von Teppichen, Gardinen, Läufertoffen, Künstler-Gardinen, 2 Schal und Querbehang 10⁵⁰ 6⁷⁵ 4⁹⁰ Vorlager 8⁷⁵

REEMTSMA AG CIGARETTENFABRIK ALTONA-BAHRENFELD

SORTE R 6

soll dem Bedürfnis eines starken Cigaretten-Verbrauchers entsprechen. Sie wurde aus vorwiegend milden macedonischen und türkischen Tabaken hergestellt und mit Samsoun-tabaken leicht gewürzt, so daß selbst bei starkem Verbrauch der Cigarette keine Geschmackermüdung eintritt.

Wir teilen den Freunden dieser Sorte mit, daß wir auf Grund unseres direkten Einkaufs im Orient und erhöhter Wirtschaftlichkeit der Betriebe den Preis sehr niedrig festlegen konnten und zwar auf

4 2

Wirtschaft

Der Reichsindex für die Lebenshaltung.

(1913/14 = 1)

Table with 2 columns: Month/Year and Index Value. Rows include Durchschnitt November, Dezember, Januar, 3. Dezember, 10., 17., 22., 29., 7. Januar, 14., 21., 28., and 4. Februar.

Abnahme gegenüber der Vorwoche 1,9 Proz.

Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung und Bekleidung) beläuft sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamts für Montag, den 4. Februar, auf das 1,04billionenfache der Vorkriegszeit.

Die Reichsfinanzen.

Es ist erfreulich, daß wieder die verhängnisvolle Ausweitung des Reichsfinanzministeriums regelmäßig veröffentlicht wurde. Das gibt einen etwas besseren Einblick in die Finanzgebarung des Reiches als die Bilanzen und sonstigen Veröffentlichungen der Privatindustrie.

Die dritte Januardekade zeigt ein Defizit von rund 11 Goldmillionen Mark (188 Mill. Einnahmen, 199 Mill. Ausgaben). Durch den Verkauf von Rentenmarktwerten ist das Reich kräftig dabei, wertbeständige, allerdings kurzfristige Schulden zu machen.

Das Existenzminimum im Januar 1924.

Die Kosten des Existenzminimums waren in Groß-Berlin im Januar um reichlich 10 Proz. niedriger als im Dezember. Besitzt man den täglichen Nahrungsbedarf eines Kindes von 6 bis 10 Jahren auf 1600 Kalorien, den einer Frau auf 2400 Kalorien und den eines Mannes auf 3000 Kalorien, und beschränkt man sich bei der Deckung dieses Bedarfs soweit als tunlich auf die billigsten Nahrungsmittel, so stellt sich der wöchentliche Mindestbedarf im Januar für ein Kind von 6 bis 10 Jahren auf 1,99 M., für eine Frau auf 3,01 M., für einen Mann auf 4,88 M. (Die gleichen Nahrungsmengen kosteten im Januar 1914 für ein Kind 1,46 M., für eine Frau 2,79 M., für einen Mann 3,88 M. Tatsächlich war aber das Existenzminimum vor zehn Jahren billiger, weil z. B. billiges frisches Fleisch damals in unbegrenzter Menge zur Verfügung stand.)

Table with 3 columns: Item, Preis Jan. 1924, Preis Jan. 1914. Rows include 1800 Gramm Brot, 250 Roggenmehl, 900 Graupen, 800 Kartoffeln, 1600 Gemüse, 125 Margarine, 250 Zucker, 1 Liter Milch, and various other food items.

Rechnet man für den Mindestbedarf an Wohnung den Preis für Stube und Küche, für Heizung 1 Zentner Briketts und für Beleuchtung 6 Kubikmeter Gas, so ergeben sich als Wochenbedarf für eine Wohnung 1,10 M. (1913/14: 5,50 M.), für Heizung 1,76 M. (1,15 M.), für Beleuchtung 1,26 M. (0,75 M.).

Für Bekleidung, d. h. für Beschaffung und Instandhaltung von Schuhwerk, Kleidern und Wäsche, sind mindestens anzulegen: Mann 2,40 M. (2,50 M.), Frau 1,60 M. (1,65 M.), Kind 0,50 M. (0,55 M.).

Für alle sonstigen lebensnotwendigen Ausgaben (Ersparnisse, Fehrgeld, Steuern usw.) wird man einen Zuschlag von 25 Proz. (1913/14: 25 Proz.) machen müssen.

Als wöchentliches Existenzminimum ergibt sich somit für Groß-Berlin:

Table with 3 columns: Category, Mann, Ehepaar mit 2 Kindern. Rows include Ernährung, Wohnung, Heizung und Beleuchtung, Bekleidung, Sonstiges, and monthly/annual averages for 1924, 1923, and 1914.

Auf den Arbeitstag umgerechnet, beträgt der notwendige Mindestverdienst im Januar 1924 für einen alleinstehenden Mann 2,38 M., für ein kinderloses Ehepaar 3,46 M., für ein Ehepaar mit zwei Kindern von 6 bis 10 Jahren 4,82 M. Auf des Jahr umgerechnet beträgt das Existenzminimum für den alleinstehenden Mann 743 M., für das kinderlose Ehepaar 1083 M., für das Ehepaar mit zwei Kindern 1447 M.

Die vorstehenden Feststellungen kuzuzusis betreffen, wie immer wieder zu betonen ist, das Existenzminimum. Es ist die Feststellung wichtiger, aus dem täglichen Leben herausgenommener Kreise. Bei ihrer Auswirkung auf den Haushalt des Arbeitnehmers erhalten sie erst ihre wirkliche Auswirkung. Sie treffen dann überall auf ein zehnjähriges Entbehrungsleben, hohe direkte und indirekte steuerliche Belastungen, rasch zunehmende Steigerung der Mieten und viel Arbeitslosigkeit. Diese praktischen Korrekturen der Preisziffern müssen noch mit in Rechnung gestellt werden, wenn das traurige Existenzminimum mit dem Maximum an Wohlleben, Ausbeutungsgelust und Steuerdrückbergerei auf der anderen Seite verglichen wird.

Ausländisches Kapital in Sowjetrußland.

Ueber die Entwicklung der sogenannten „Konzessionen“, d. h. der Unternehmungen in Rußland, die mit Hilfe des ausländischen Kapitals betrieben werden sollen und die nicht nur wirtschaftliche, sondern auch große politische Bedeutung haben, wird nun zum ersten Male amtliches Material veröffentlicht. Die Erteilung von Konzessionen hat erst 1921 begonnen, obwohl Lenin, der geistige Urheber dieser Idee, sich schon viel früher bemüht hatte, ausländisches Kapital in dieser Form heranzuziehen.

In den drei vergangenen Jahren sind Konzessionen erteilt worden:

Table with 2 columns: Year, Count. Rows for 1921 (5), 1922 (10), 1923 (44).

Zußer diesen „normalen“ 59 Konzessionsverträgen sind noch neun solche abgeschlossen worden, bei denen Ausnahmen gegenüber den bestehenden Gesetzen zugunsten der Konzessionäre gemacht werden mußten. Die größten Konzessionen sind: die von Wirth-Haas (Holz), Friedrich Krupp (Landwirtschaft), Otto Wolf (Außenhandel), Bestener Konzessionär (Stein) aber bereits „konzessionsmüde“ geworden zu sein. Auch die Krupp'sche Konzession scheint bisher keine besonders günstige Entwicklung genommen zu haben.

Die erteilten 59 Konzessionen verteilen sich auf die einzelnen Wirtschaftszweige folgendermaßen:

Table with 2 columns: Sector, Count. Rows include Handel (14), Transport (10), Holzindustrie (6), Landwirtschaft (7), Jagd (8), Zulassung ausländischer Firmen zum Handel innerhalb Rußlands (3).

Es ist interessant zu erwähnen, daß unter den Ländern, die sich um Konzessionen beworben haben, an erster Stelle Deutschland steht (35 Proz. der Gesamtzahl), dann kommt England, Frankreich und die Vereinigten Staaten. Das Interesse an den Konzessionen scheint sehr groß zu sein in der ganzen Welt. Es haben sich beinahe tausend Firmen gemeldet in den Konzessionen erhalten möchten; die Zahl der Bewerber wächst mit jedem Jahr. Im Jahre 1922 waren es nur 388, im Jahre 1923 bereits 507. Es ist aber sehr fraglich, ob die Konzessionäre wirklich die ernste Absicht haben, sofort mit der produktiven Arbeit anzufangen. Die wenigen Konzessionsunternehmungen, die bereits gegründet worden sind, haben zunächst keine allzugroße produktive Arbeit entfaltet, und die größten Konzessionäre, wie oben angebeutet, verlangen die Abänderung verschiedener Vertragspunkte. Die kapitalistische Welt hat in erster Linie die Absicht, sich die Priorität auf Produktionsmittel und Handelsmöglichkeiten in Rußland zu sichern, um später einmal daraus Nutzen ziehen und in die Arbeit heranzugehen zu können. Dem Augenblick ist es eigentlich mehr eine Gründungstätigkeit ohne wesentliche wirtschaftliche Bedeutung für das russische Volk.

Stinnes als „kommunalkapitalist“. Stinnes hat 35 Proz. des Kapitals der Frankfurter Gasgesellschaft erworben.

Die Kiesegeleise der Sinclair-Gruppe. Man teilt mit, daß die ungeheuerlichen Petrokumkonzessionen der Sinclair-Gruppe mehr als 82 Millionen Dollar Gewinn einbrachten. — Getreidemischungen und Rüstungslieferungen waren von jeher die besten Geschäfte.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Arbeiter-Kommunisten-Bund. Heute (Donnerstag) 7 Uhr Funktionärstag im Stadtbild-Gerichtshaus. Monatsprogramm mitbringen. Gemeindefest sozialistischer Feiertage, Deutscher Sittlichkeits-Verein. Der Hochberichtsunterricht zum gemeinsamen Jugendweihnachten beginnt am Donnerstag, den 7. Februar, nachmittags von 4-5 Uhr im Arbeiterjugendheim Riesenhofstraße. Der Preisentwurf beginnt am gleichen Abend 7 1/2 Uhr an genannter Stelle. Jeder ist willkommen. Bund der Auslandsdeutschen. 6. U. Die Monatsversammlung der Abteilung England des Bundes der Auslandsdeutschen findet am 7. Februar, 8 Uhr, in der Rula des Friedrich-Wilhelm-Gymnasiums, Kochstr. 13, statt. Deutscher Arbeiterbund. 1. Bezirk. Öffentliche Mitgliederversammlung am Donnerstag, den 7. Februar, 7 1/2 Uhr, in der Rula der 13. Realschule, Schlegelweg 11. Referent: Genosse Danzigerhans Kuben.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Die Einäscherung Franz Krügers

findet Sonnabend, den 9. Februar, nachmittags 3 1/2 Uhr im Krematorium Gerichthofstraße 1111. Einäscherung zur Trauerfeier im Bezirkssekretariat der DSD., Lindenstraße 3, 2. Hof, 2. Tr. Der Ortsvorwartung der DSD., Belle-Alliance-Straße 7-9, sind eine beschränkte Anzahl Karten zur Verfügung gestellt worden für Kollegen, die mit dem Verstorbenen kollegiale oder freundschaftliche Beziehungen hatten.

Bezirksvorstand.

Die für Sonnabend, den 9. Februar, vorgesehene Vorstandssitzung fällt wegen der Einäscherung unseres ehemaligen Vorsitzenden, Genossen Franz Krüger, aus.

- 2. Kreis Wedding. Freitag, den 8. Februar, 7 Uhr, Sitzung des erweiterten Kreisvorstandes an bekannter Stelle. 4. Kreis Prenzlauer Berg. Freitag, 8. Februar, 7 Uhr, bei Hoffmann, Kochstr. 8, erweiterte Kreisvorstandssitzung. 6. Kreis Kottbus. Freitag, den 8. Februar, 7 1/2 Uhr, Sitzung der Bezirkskommission. 7. Kreis Charlottenburg. Freitag, den 8. Februar, 8 Uhr, im Reichs-Sitzungsraum 3, Sitzung aller in der Wohlfahrtspflege tätigen Genossen und Genossinnen. 9. Kreis Wilmersdorf. Freitag, den 8. Februar, 7 1/2 Uhr, Sitzung des erweiterten Kreisvorstandes bei Pieper, Köpenicker Str. 60. 14. Kreis Reinick. Arbeitsgemeinschaft der Arbeiterfreunde. Freitag, den 8. u. 9. Februar, 7 Uhr, Zusammenkunft der Helfer und Helferinnen bei Eberlein, Sangerstr. 2.

Heute, Donnerstag, den 7. Februar:

Jugendsozialisten. 14. Kreis Reinick. 7 1/2 Uhr im Jugendheim Wilmersdorfer Straße 221 Mitgliederversammlung. Erscheinen alle Mitglieder unbedingt notwendig.

Morgen, Freitag, den 8. Februar:

- 2. Wkt. 7 1/2 Uhr Sitzung der Bezirksleiter Betriebsvereinsvereine sowie familiärer Funktionäre im Lokal Emil Krüger, Engelstr. 20. 7. Wkt. 7 1/2 Uhr Funktionärstag bei Pieper, Köpenicker Str. 13. 44. Wkt. 7 Uhr bei Eberlein, Sangerstr. 2, Funktionärstag. Schöndorf. 7. Wkt. 7 1/2 Uhr Funktionärstag bei Jürgen, Barbisstraße 6a. 28. Wkt. 8 Uhr erweiterte Vorstandssitzung bei Böhm, Prinz-Georg-Str. 17, Funktionärstag. 23. Wkt. Funktionärstag 7 1/2 Uhr im Lokal Graf Seebach, 47, Funktionärstag. Die Funktionäre des Bezirks Reinick sind eingeladen. Tagesordnung: Bezirksrat, Parteitag und die kommenden Wahlen. Erscheinen Pflicht. 81. Wkt. Friedenau. 8 Uhr erweiterte Vorstandssitzung bei Rabe, Danziger Straße 60-61. Erscheinen sämtlicher Funktionäre Pflicht. 84. Wkt. Marienfeld. 7 1/2 Uhr Funktionärstag mit den Bürgerdeputierten im Zimmer 26. 119. Wkt. Lichterfelde. Die Funktionärstagung findet außerordentlich schon Freitag 7 Uhr bei Rabe, Schöndorf, 13, statt. Jugendsozialisten. Gruppe Wilmersdorf: Jugendheim Wilmersdorfer Straße 221. 2. Teil. 7. Kreis Reinick. 7 1/2 Uhr im Jugendheim Wilmersdorfer Straße 221. 1. Gruppe Schöndorf: 8 Uhr im Jugendheim Wilmersdorfer Straße 221. 2. Gruppe Schöndorf: 8 Uhr im Jugendheim Wilmersdorfer Straße 221. Die politischen Verhältnisse im alten Deutschland.

Jugendveranstaltungen.

Wahltag, Mitglieder! Zur Abonnements-Theatervorstellung am Sonntag, den 10. u. 11. Februar, nachmittags 3 Uhr, im Neuen Theater am Zoo, Jochenstraße, zur Aufführung von „Die Bekämpfung des Sogenannten Selbsterlöses“, sind noch Einzelkarten zum Preise von 50 Pf. im Jugendsekretariat zu haben.

Abteilungsmitgliederversammlungen heute 7 1/2 Uhr: Friedenau: Jugendheim Friedenau, Köpenicker Str. 60. — Reinick: Söbete Schule Berlinstr. 1. — Wilmersdorf: Jugendheim Wilmersdorfer Str. 221. — Wkt. 14: Söbete Schule Berlinstr. 1. — Wilmersdorf: Söbete Schule Berlinstr. 1. — Wilmersdorf: Söbete Schule Berlinstr. 1. (Sämtliche Veranstaltungen finden sehr regelmäßig in der Söbete Schule statt.)

Disziplin für Jugendsozialisten. Morgen, Freitag, den 8. abends 7 1/2 Uhr, in der Reichs-Schule Köpenicker Str. 60, Reinick. 14. Kreis Reinick. 7 1/2 Uhr im Jugendheim Wilmersdorfer Straße 221. 1. Gruppe Schöndorf: 8 Uhr im Jugendheim Wilmersdorfer Straße 221. 2. Gruppe Schöndorf: 8 Uhr im Jugendheim Wilmersdorfer Straße 221. Die politischen Verhältnisse im alten Deutschland.

Briefkasten der Redaktion.

S. S. A. Sehr gewisshalt. U. G. nein. Versuchen Sie es aber. — S. S. A. Siehe Sie sich sofort mit der Rückgabe in Verbindung, da wir nicht beurteilen können, ob die Angelegenheit durch Ihre Erklärung Ihre Klage gefunden hat. Im Falle der Klage können gerichtliche Schritte unternommen werden. — S. S. A. 1. Das Armenrecht wird nur bewilligt, wenn außer der Ehefrau auch der Ehemann zur Erhaltung von Vorkosten nicht in der Lage ist. 2. Wird von Frau zu Frau entlassen. — S. S. A. 2. 1. Nein, da alle Anordnungen und Verfügungen des Reichspräsidenten zu Ihrer Gültigkeit der Gegenzeichnung durch den Reichskanzler oder den zuständigen Reichsminister bedürfen. 2. Das Weisungsgesetz. 3. Hier gilt ebenfalls das zu 1. Gesagte. 4. S. S. A. 6. 7. Nein. 8. Durch den Weisungsgesetz. — S. S. A. 1. S. S. A. 2. Sie müssen zunächst die Arbeitslosenversicherung versichern. Ein Antrag auf Vermittlung des Arbeitslosenversicherungsausschusses kann an das Amtsgericht in Potsdam gestellt werden. 3. Nein. — S. S. A. 9. U. G. kann in der Angelegenheit nichts unternommen werden. Wir stellen aber anheim, mit den Vätern in unferne unterrichtliche Gespräche zu kommen. — S. S. A. 10. Sie können es versuchen. Wir glauben aber nicht, daß Ihre Bemühungen zum Erlöse führen werden. 2. Nein. Oder Sie müssen dort einen neuen Antrag einbringen, von dem aber mit Rücksicht auf die dadurch entstehenden hohen Kosten dringend abzuraten ist. 3. Durch Antragen bei Polizei-Bezirksamt. 4. Ja. — S. S. A. 1. Die Frage läßt sich im Briefkasten wegen Mangels an Raum nicht beantworten. 2. Es ist ein unzulässiger Versuch, die Arbeit der Redaktion zu behindern. 3. Die Redaktion ist nicht verpflichtet, die Arbeit der Redaktion zu behindern. 4. Ja. — S. S. A. 1. Die Frage läßt sich im Briefkasten wegen Mangels an Raum nicht beantworten. 2. Es ist ein unzulässiger Versuch, die Arbeit der Redaktion zu behindern. 3. Die Redaktion ist nicht verpflichtet, die Arbeit der Redaktion zu behindern. 4. Ja. — S. S. A. 1. Die Frage läßt sich im Briefkasten wegen Mangels an Raum nicht beantworten. 2. Es ist ein unzulässiger Versuch, die Arbeit der Redaktion zu behindern. 3. Die Redaktion ist nicht verpflichtet, die Arbeit der Redaktion zu behindern. 4. Ja. — S. S. A. 1. Die Frage läßt sich im Briefkasten wegen Mangels an Raum nicht beantworten. 2. Es ist ein unzulässiger Versuch, die Arbeit der Redaktion zu behindern. 3. Die Redaktion ist nicht verpflichtet, die Arbeit der Redaktion zu behindern. 4. Ja. — S. S. A. 1. Die Frage läßt sich im Briefkasten wegen Mangels an Raum nicht beantworten. 2. Es ist ein unzulässiger Versuch, die Arbeit der Redaktion zu behindern. 3. Die Redaktion ist nicht verpflichtet, die Arbeit der Redaktion zu behindern. 4. Ja. — S. S. A. 1. Die Frage läßt sich im Briefkasten wegen Mangels an Raum nicht beantworten. 2. Es ist ein unzulässiger Versuch, die Arbeit der Redaktion zu behindern. 3. Die Redaktion ist nicht verpflichtet, die Arbeit der Redaktion zu behindern. 4. Ja. — S. S. A. 1. Die Frage läßt sich im Briefkasten wegen Mangels an Raum nicht beantworten. 2. Es ist ein unzulässiger Versuch, die Arbeit der Redaktion zu behindern. 3. Die Redaktion ist nicht verpflichtet, die Arbeit der Redaktion zu behindern. 4. Ja. — S. S. A. 1. Die Frage läßt sich im Briefkasten wegen Mangels an Raum nicht beantworten. 2. Es ist ein unzulässiger Versuch, die Arbeit der Redaktion zu behindern. 3. Die Redaktion ist nicht verpflichtet, die Arbeit der Redaktion zu behindern. 4. Ja. — S. S. A. 1. Die Frage läßt sich im Briefkasten wegen Mangels an Raum nicht beantworten. 2. Es ist ein unzulässiger Versuch, die Arbeit der Redaktion zu behindern. 3. Die Redaktion ist nicht verpflichtet, die Arbeit der Redaktion zu behindern. 4. Ja. — S. S. A. 1. Die Frage läßt sich im Briefkasten wegen Mangels an Raum nicht beantworten. 2. Es ist ein unzulässiger Versuch, die Arbeit der Redaktion zu behindern. 3. Die Redaktion ist nicht verpflichtet, die Arbeit der Redaktion zu behindern. 4. Ja. — S. S. A. 1. Die Frage läßt sich im Briefkasten wegen Mangels an Raum nicht beantworten. 2. Es ist ein unzulässiger Versuch, die Arbeit der Redaktion zu behindern. 3. Die Redaktion ist nicht verpflichtet, die Arbeit der Redaktion zu behindern. 4. Ja. — S. S. A. 1. Die Frage läßt sich im Briefkasten wegen Mangels an Raum nicht beantworten. 2. Es ist ein unzulässiger Versuch, die Arbeit der Redaktion zu behindern. 3. Die Redaktion ist nicht verpflichtet, die Arbeit der Redaktion zu behindern. 4. Ja. — S. S. A. 1. Die Frage läßt sich im Briefkasten wegen Mangels an Raum nicht beantworten. 2. Es ist ein unzulässiger Versuch, die Arbeit der Redaktion zu behindern. 3. Die Redaktion ist nicht verpflichtet, die Arbeit der Redaktion zu behindern. 4. Ja. — S. S. A. 1. Die Frage läßt sich im Briefkasten wegen Mangels an Raum nicht beantworten. 2. Es ist ein unzulässiger Versuch, die Arbeit der Redaktion zu behindern. 3. Die Redaktion ist nicht verpflichtet, die Arbeit der Redaktion zu behindern. 4. Ja. — S. S. A. 1. Die Frage läßt sich im Briefkasten wegen Mangels an Raum nicht beantworten. 2. Es ist ein unzulässiger Versuch, die Arbeit der Redaktion zu behindern. 3. Die Redaktion ist nicht verpflichtet, die Arbeit der Redaktion zu behindern. 4. Ja. — S. S. A. 1. Die Frage läßt sich im Briefkasten wegen Mangels an Raum nicht beantworten. 2. Es ist ein unzulässiger Versuch, die Arbeit der Redaktion zu behindern. 3. Die Redaktion ist nicht verpflichtet, die Arbeit der Redaktion zu behindern. 4. Ja. — S. S. A. 1. Die Frage läßt sich im Briefkasten wegen Mangels an Raum nicht beantworten. 2. Es ist ein unzulässiger Versuch, die Arbeit der Redaktion zu behindern. 3. Die Redaktion ist nicht verpflichtet, die Arbeit der Redaktion zu behindern. 4. Ja. — S. S. A. 1. Die Frage läßt sich im Briefkasten wegen Mangels an Raum nicht beantworten. 2. Es ist ein unzulässiger Versuch, die Arbeit der Redaktion zu behindern. 3. Die Redaktion ist nicht verpflichtet, die Arbeit der Redaktion zu behindern. 4. Ja. — S. S. A. 1. Die Frage läßt sich im Briefkasten wegen Mangels an Raum nicht beantworten. 2. Es ist ein unzulässiger Versuch, die Arbeit der Redaktion zu behindern. 3. Die Redaktion ist nicht verpflichtet, die Arbeit der Redaktion zu behindern. 4. Ja. — S. S. A. 1. Die Frage läßt sich im Briefkasten wegen Mangels an Raum nicht beantworten. 2. Es ist ein unzulässiger Versuch, die Arbeit der Redaktion zu behindern. 3. Die Redaktion ist nicht verpflichtet, die Arbeit der Redaktion zu behindern. 4. Ja. — S. S. A. 1. Die Frage läßt sich im Briefkasten wegen Mangels an Raum nicht beantworten. 2. Es ist ein unzulässiger Versuch, die Arbeit der Redaktion zu behindern. 3. Die Redaktion ist nicht verpflichtet, die Arbeit der Redaktion zu behindern. 4. Ja. — S. S. A. 1. Die Frage läßt sich im Briefkasten wegen Mangels an Raum nicht beantworten. 2. Es ist ein unzulässiger Versuch, die Arbeit der Redaktion zu behindern. 3. Die Redaktion ist nicht verpflichtet, die Arbeit der Redaktion zu behindern. 4. Ja. — S. S. A. 1. Die Frage läßt sich im Briefkasten wegen Mangels an Raum nicht beantworten. 2. Es ist ein unzulässiger Versuch, die Arbeit der Redaktion zu behindern. 3. Die Redaktion ist nicht verpflichtet, die Arbeit der Redaktion zu behindern. 4. Ja. — S. S. A. 1. Die Frage läßt sich im Briefkasten wegen Mangels an Raum nicht beantworten. 2. Es ist ein unzulässiger Versuch, die Arbeit der Redaktion zu behindern. 3. Die Redaktion ist nicht verpflichtet, die Arbeit der Redaktion zu behindern. 4. Ja. — S. S. A. 1. Die Frage läßt sich im Briefkasten wegen Mangels an Raum nicht beantworten. 2. Es ist ein unzulässiger Versuch, die Arbeit der Redaktion zu behindern. 3. Die Redaktion ist nicht verpflichtet, die Arbeit der Redaktion zu behindern. 4. Ja. — S. S. A. 1. Die Frage läßt sich im Briefkasten wegen Mangels an Raum nicht beantworten. 2. Es ist ein unzulässiger Versuch, die Arbeit der Redaktion zu behindern. 3. Die Redaktion ist nicht verpflichtet, die Arbeit der Redaktion zu behindern. 4. Ja. — S. S. A. 1. Die Frage läßt sich im Briefkasten wegen Mangels an Raum nicht beantworten. 2. Es ist ein unzulässiger Versuch, die Arbeit der Redaktion zu behindern. 3. Die Redaktion ist nicht verpflichtet, die Arbeit der Redaktion zu behindern. 4. Ja. — S. S. A. 1. Die Frage läßt sich im Briefkasten wegen Mangels an Raum nicht beantworten. 2. Es ist ein unzulässiger Versuch, die Arbeit der Redaktion zu behindern. 3. Die Redaktion ist nicht verpflichtet, die Arbeit der Redaktion zu behindern. 4. Ja. — S. S. A. 1. Die Frage läßt sich im Briefkasten wegen Mangels an Raum nicht beantworten. 2. Es ist ein unzulässiger Versuch, die Arbeit der Redaktion zu behindern. 3. Die Redaktion ist nicht verpflichtet, die Arbeit der Redaktion zu behindern. 4. Ja. — S. S. A. 1. Die Frage läßt sich im Briefkasten wegen Mangels an Raum nicht beantworten. 2. Es ist ein unzulässiger Versuch, die Arbeit der Redaktion zu behindern. 3. Die Redaktion ist nicht verpflichtet, die Arbeit der Redaktion zu behindern. 4. Ja. — S. S. A. 1. Die Frage läßt sich im Briefkasten wegen Mangels an Raum nicht beantworten. 2. Es ist ein unzulässiger Versuch, die Arbeit der Redaktion zu behindern. 3. Die Redaktion ist nicht verpflichtet, die Arbeit der Redaktion zu behindern. 4. Ja. — S. S. A. 1. Die Frage läßt sich im Briefkasten wegen Mangels an Raum nicht beantworten. 2. Es ist ein unzulässiger Versuch, die Arbeit der Redaktion zu behindern. 3. Die Redaktion ist nicht verpflichtet, die Arbeit der Redaktion zu behindern. 4. Ja. — S. S. A. 1. Die Frage läßt sich im Briefkasten wegen Mangels an Raum nicht beantworten. 2. Es ist ein unzulässiger Versuch, die Arbeit der Redaktion zu behindern. 3. Die Redaktion ist nicht verpflichtet, die Arbeit der Redaktion zu behindern. 4. Ja. — S. S. A. 1. Die Frage läßt sich im Briefkasten wegen Mangels an Raum nicht beantworten. 2. Es ist ein unzulässiger Versuch, die Arbeit der Redaktion zu behindern. 3. Die Redaktion ist nicht verpflichtet, die Arbeit der Redaktion zu behindern. 4. Ja. — S. S. A. 1. Die Frage läßt sich im Briefkasten wegen Mangels an Raum nicht beantworten. 2. Es ist ein unzulässiger Versuch, die Arbeit der Redaktion zu behindern. 3. Die Redaktion ist nicht verpflichtet, die Arbeit der Redaktion zu behindern. 4. Ja. — S. S. A. 1. Die Frage läßt sich im Briefkasten wegen Mangels an Raum nicht beantworten. 2. Es ist ein unzulässiger Versuch, die Arbeit der Redaktion zu behindern. 3. Die Redaktion ist nicht verpflichtet, die Arbeit der Redaktion zu behindern. 4. Ja. — S. S. A. 1. Die Frage läßt sich im Briefkasten wegen Mangels an Raum nicht beantworten. 2. Es ist ein unzulässiger Versuch, die Arbeit der Redaktion zu behindern. 3. Die Redaktion ist nicht verpflichtet, die Arbeit der Redaktion zu behindern. 4. Ja. — S. S. A. 1. Die Frage läßt sich im Briefkasten wegen Mangels an Raum nicht beantworten. 2. Es ist ein unzulässiger Versuch, die Arbeit der Redaktion zu behindern. 3. Die Redaktion ist nicht verpflichtet, die Arbeit der Redaktion zu behindern. 4. Ja. — S. S. A. 1. Die Frage läßt sich im Briefkasten wegen Mangels an Raum nicht beantworten. 2. Es ist ein unzulässiger Versuch, die Arbeit der Redaktion zu behindern. 3. Die Redaktion ist nicht verpflichtet, die Arbeit der Redaktion zu behindern. 4. Ja. — S. S. A. 1. Die Frage läßt sich im Briefkasten wegen Mangels an Raum nicht beantworten. 2. Es ist ein unzulässiger Versuch, die Arbeit der Redaktion zu behindern. 3. Die Redaktion ist nicht verpflichtet, die Arbeit der Redaktion zu behindern. 4. Ja. — S. S. A. 1. Die Frage läßt sich im Briefkasten wegen Mangels an Raum nicht beantworten. 2. Es ist ein unzulässiger Versuch, die Arbeit der Redaktion zu behindern. 3. Die Redaktion ist nicht verpflichtet, die Arbeit der Redaktion zu behindern. 4. Ja. — S. S. A. 1. Die Frage läßt sich im Briefkasten wegen Mangels an Raum nicht beantworten. 2. Es ist ein unzulässiger Versuch, die Arbeit der Redaktion zu behindern. 3. Die Redaktion ist nicht verpflichtet, die Arbeit der Redaktion zu behindern. 4. Ja. — S. S. A. 1. Die Frage läßt sich im Briefkasten wegen Mangels an Raum nicht beantworten. 2. Es ist ein unzulässiger Versuch, die Arbeit der Redaktion zu behindern. 3. Die Redaktion ist nicht verpflichtet, die Arbeit der Redaktion zu behindern. 4. Ja. — S. S. A. 1. Die Frage läßt sich im Briefkasten wegen Mangels an Raum nicht beantworten. 2. Es ist ein unzulässiger Versuch, die Arbeit der Redaktion zu behindern. 3. Die Redaktion ist nicht verpflichtet, die Arbeit der Redaktion zu behindern. 4. Ja. — S. S. A. 1. Die Frage läßt sich im Briefkasten wegen Mangels an Raum nicht beantworten. 2. Es ist ein unzulässiger Versuch, die Arbeit der Redaktion zu behindern. 3. Die Redaktion ist nicht verpflichtet, die Arbeit der Redaktion zu behindern. 4. Ja. — S. S. A. 1. Die Frage läßt sich im Briefkasten wegen Mangels an Raum nicht beantworten. 2. Es ist ein unzulässiger Versuch, die Arbeit der Redaktion zu behindern. 3. Die Redaktion ist nicht verpflichtet, die Arbeit der Redaktion zu behindern. 4. Ja. — S. S. A. 1. Die Frage läßt sich im Briefkasten wegen Mangels an Raum nicht beantworten. 2. Es ist ein unzulässiger Versuch, die Arbeit der Redaktion zu behindern. 3. Die Redaktion ist nicht verpflichtet, die Arbeit der Redaktion zu behindern. 4. Ja. — S. S. A. 1. Die Frage läßt sich im Briefkasten wegen Mangels an Raum nicht beantworten. 2. Es ist ein unzulässiger Versuch, die Arbeit der Redaktion zu behindern. 3. Die Redaktion ist nicht verpflichtet, die Arbeit der Redaktion zu behindern. 4. Ja. — S. S. A. 1. Die Frage läßt sich im Briefkasten wegen Mangels an Raum nicht beantworten. 2. Es ist ein unzulässiger Versuch, die Arbeit der Redaktion zu behindern. 3. Die Redaktion ist nicht verpflichtet, die Arbeit der Redaktion zu behindern. 4. Ja. — S. S. A. 1. Die Frage läßt sich im Briefkasten wegen Mangels an Raum nicht beantworten. 2. Es ist ein unzulässiger Versuch, die Arbeit der Redaktion zu behindern. 3. Die Redaktion ist nicht verpflichtet, die Arbeit der Redaktion zu behindern. 4. Ja. — S. S. A. 1. Die Frage läßt sich im Briefkasten wegen Mangels an Raum nicht beantworten. 2. Es ist ein unzulässiger Versuch, die Arbeit der Redaktion zu behindern. 3. Die Redaktion ist nicht verpflichtet, die Arbeit der Redaktion zu behindern. 4. Ja. — S. S. A. 1. Die Frage läßt sich im Briefkasten wegen Mangels an Raum nicht beantworten. 2. Es ist ein unzulässiger Versuch, die Arbeit der Redaktion zu behindern. 3. Die Redaktion ist nicht verpflichtet, die Arbeit der Redaktion zu behindern. 4. Ja. — S. S. A. 1. Die Frage läßt sich im Briefkasten wegen Mangels an Raum nicht beantworten. 2. Es ist ein unzulässiger Versuch, die Arbeit der Redaktion zu behindern. 3. Die Redaktion ist nicht verpflichtet, die Arbeit der Redaktion zu behindern. 4. Ja. — S. S. A. 1. Die Frage läßt sich im Briefkasten wegen Mangels an Raum nicht beantworten. 2. Es ist ein unzulässiger Versuch, die Arbeit der Redaktion zu behindern. 3. Die Redaktion ist nicht verpflichtet, die Arbeit der Redaktion zu behindern. 4. Ja. — S. S. A. 1. Die Frage läßt sich im Briefkasten wegen Mangels an Raum nicht beantworten. 2. Es ist ein unzulässiger Versuch, die Arbeit der Redaktion zu behindern. 3. Die Redaktion ist nicht verpflichtet, die Arbeit der Redaktion zu behindern. 4. Ja. — S. S. A. 1. Die Frage läßt sich im Briefkasten wegen Mangels an Raum nicht beantworten. 2. Es ist ein unzulässiger Versuch, die Arbeit der Redaktion zu behindern. 3. Die Redaktion ist nicht verpflichtet, die Arbeit der Redaktion zu behindern. 4. Ja. — S. S. A. 1. Die Frage läßt sich im Briefkasten wegen Mangels an Raum nicht beantworten. 2. Es ist ein unzulässiger Versuch, die Arbeit der Redaktion zu behindern. 3. Die Redaktion ist nicht verpflichtet, die Arbeit der Redaktion zu behindern. 4. Ja. — S. S. A. 1. Die Frage läßt sich im Briefkasten wegen Mangels an Raum nicht beantworten. 2. Es ist ein unzulässiger Versuch, die Arbeit der Redaktion zu behindern. 3. Die Redaktion ist nicht verpflichtet, die Arbeit der Redaktion zu behindern. 4. Ja. — S. S. A. 1. Die Frage läßt sich im Briefkasten wegen Mangels an Raum nicht beantworten. 2. Es ist ein unzulässiger Versuch, die Arbeit der Redaktion zu behindern. 3. Die Redaktion ist nicht verpflichtet, die Arbeit der Redaktion zu behindern. 4. Ja. — S. S. A. 1. Die Frage läßt sich im Briefkasten wegen Mangels an Raum nicht beantworten. 2. Es ist ein unzulässiger Versuch, die Arbeit der Redaktion zu behindern. 3. Die Redaktion ist nicht verpflichtet, die Arbeit der Redaktion zu behindern. 4. Ja. — S. S. A. 1. Die Frage läßt sich im Briefkasten wegen Mangels an Raum nicht beantworten. 2. Es ist ein unzulässiger Versuch, die Arbeit der Redaktion zu behindern. 3. Die Redaktion ist nicht verpflichtet, die Arbeit der Redaktion zu behindern. 4. Ja. — S. S. A. 1. Die Frage läßt sich im Briefkasten wegen Mangels an Raum nicht beantworten. 2. Es ist ein unzulässiger Versuch, die Arbeit der Redaktion zu behindern. 3. Die Redaktion ist nicht verpflichtet, die Arbeit der Redaktion zu behindern. 4. Ja. — S. S. A. 1. Die Frage läßt sich im Briefkasten wegen Mangels an Raum nicht beantworten. 2. Es ist ein unzulässiger Versuch, die Arbeit der Redaktion zu behindern. 3. Die Redaktion ist nicht verpflichtet, die Arbeit der Redaktion zu behindern. 4. Ja. — S. S. A. 1. Die Frage läßt sich im Briefkasten wegen Mangels an Raum nicht beantworten. 2. Es ist ein unzulässiger Versuch, die Arbeit der Redaktion zu behindern. 3. Die Redaktion ist nicht verpflichtet, die Arbeit der Redaktion zu behindern. 4. Ja. — S. S. A. 1. Die Frage läßt sich im Briefkasten wegen Mangels an Raum nicht beantworten. 2. Es ist ein unzulässiger Versuch, die Arbeit der Redaktion zu behindern. 3. Die Redaktion ist nicht verpflichtet, die Arbeit der Redaktion zu behindern. 4. Ja. — S. S. A. 1. Die Frage läßt sich im Briefkasten wegen Mangels an Raum nicht beantworten. 2. Es ist ein unzulässiger Versuch, die Arbeit der Redaktion zu behindern. 3. Die Redaktion ist nicht verpflichtet, die Arbeit der Redaktion zu behindern. 4. Ja. — S. S. A. 1. Die Frage läßt sich im Briefkasten wegen Mangels an Raum nicht beantworten. 2. Es ist ein unzulässiger Versuch, die Arbeit der Redaktion zu behindern. 3. Die Redaktion ist nicht verpflichtet, die Arbeit der Redaktion zu behindern. 4. Ja. — S. S. A. 1. Die Frage läßt sich im Briefkasten wegen Mangels an Raum nicht beantworten. 2. Es ist ein unzulässiger Versuch, die Arbeit der Redaktion zu behindern. 3. Die Redaktion ist nicht verpflichtet, die Arbeit der Redaktion zu behindern. 4. Ja. — S. S. A. 1. Die Frage läßt sich im Briefkasten wegen Mangels an Raum nicht beantworten. 2. Es ist ein unzulässiger Versuch, die Arbeit der Redaktion zu behindern. 3. Die Redaktion ist nicht verpflichtet, die Arbeit der Redaktion zu behindern. 4. Ja. — S. S. A. 1. Die Frage läßt sich im Briefkasten wegen Mangels an Raum nicht beantworten. 2. Es ist ein unzulässiger Versuch, die Arbeit der Redaktion zu behindern. 3. Die Redaktion ist nicht verpflichtet, die Arbeit der Redaktion zu behindern. 4. Ja. — S. S. A. 1. Die Frage läßt sich im Briefkasten wegen Mangels an Raum nicht beantworten. 2. Es ist ein unzulässiger Versuch, die Arbeit der Redaktion zu behindern. 3. Die Redaktion ist nicht verpflichtet, die Arbeit der Redaktion zu behindern. 4. Ja. — S. S. A. 1. Die Frage läßt sich im Briefkasten wegen Mangels an Raum nicht beantworten. 2. Es ist ein unzulässiger Versuch, die Arbeit der Redaktion zu behindern. 3. Die Redaktion ist nicht verpflichtet, die Arbeit der Redaktion zu behindern. 4. Ja. — S. S. A. 1. Die Frage läßt sich im Briefkasten wegen Mangels an Raum nicht beantworten. 2. Es ist ein unzulässiger Versuch, die Arbeit der Redaktion zu behindern. 3. Die Redaktion ist nicht verpflichtet, die Arbeit der Redaktion zu behindern. 4. Ja. — S. S. A. 1. Die Frage läßt sich im Briefkasten wegen Mangels an Raum nicht beantworten. 2. Es ist ein unzulässiger Versuch, die Arbeit der Redaktion zu behindern. 3. Die Redaktion ist nicht verpflichtet, die Arbeit der Redaktion zu behindern. 4. Ja. — S. S. A. 1. Die Frage läßt sich im Briefkasten wegen Mangels an Raum nicht beantworten. 2. Es ist ein unzulässiger Versuch, die Arbeit der Redaktion zu behindern. 3. Die Redaktion ist nicht verpflichtet, die Arbeit der Redaktion zu behindern. 4. Ja. — S. S. A. 1. Die Frage läßt sich im Briefkasten wegen Mangels an Raum nicht beantworten. 2. Es ist ein unzulässiger Versuch, die Arbeit der Redaktion zu behindern. 3. Die Redaktion ist nicht verpflichtet, die Arbeit der Redaktion zu behindern. 4. Ja. — S. S. A. 1. Die Frage läßt sich im Briefkasten wegen Mangels an Raum nicht beantworten. 2. Es ist ein unzulässiger Versuch, die Arbeit der Redaktion zu behindern. 3. Die Redaktion ist nicht verpflichtet, die Arbeit der Redaktion zu behindern. 4. Ja. — S. S. A. 1. Die Frage läßt sich im Briefkasten wegen Mangels an Raum nicht beantworten. 2. Es ist ein unzulässiger Versuch, die Arbeit der Redaktion zu behindern. 3. Die Redaktion ist nicht verpflichtet, die Arbeit der Redaktion zu behindern. 4. Ja. — S. S. A. 1. Die Frage läßt sich im Briefkasten wegen Mangels an Raum nicht beantworten. 2. Es ist ein unzulässiger Versuch, die Arbeit der Redaktion zu behindern. 3. Die Redaktion ist nicht verpflichtet, die Arbeit der Redaktion zu behindern. 4. Ja. — S. S. A. 1. Die Frage läßt sich im Briefkasten wegen Mangels an Raum nicht beantworten. 2. Es ist ein unzulässiger Versuch, die Arbeit der Redaktion zu behindern. 3. Die Redaktion ist nicht verpflichtet, die Arbeit der Redaktion zu behindern. 4. Ja. — S. S. A. 1. Die Frage läßt sich im Briefkasten wegen Mangels an Raum nicht beantworten. 2. Es ist ein unzulässiger Versuch, die Arbeit der Redaktion zu behindern. 3. Die Redaktion ist nicht verpflichtet, die Arbeit der Redaktion zu behindern. 4. Ja. — S. S. A. 1. Die Frage läßt sich im Briefkasten wegen Mangels an Raum nicht beantworten. 2. Es ist ein unzulässiger Versuch, die Arbeit der Redaktion zu behindern. 3. Die Redaktion ist nicht verpflichtet, die Arbeit der Redaktion zu behindern. 4. Ja. — S. S. A. 1. Die Frage läßt sich im Briefkasten wegen Mangels an Raum nicht beantworten. 2. Es ist ein unzulässiger Versuch, die Arbeit der Redaktion zu behindern. 3. Die Redaktion ist nicht verpflichtet, die Arbeit der Redaktion zu behindern. 4. Ja. — S. S. A. 1. Die Frage läßt sich im Briefkasten wegen Mangels an Raum nicht beantworten. 2. Es ist ein unzulässiger Versuch, die Arbeit der Redaktion zu behindern. 3. Die Redaktion ist nicht verpflichtet, die Arbeit der Redaktion zu behindern. 4. Ja. — S. S. A. 1. Die Frage läßt sich im Briefkasten wegen Mangels an Raum nicht beantworten. 2. Es ist ein unzulässiger Versuch, die Arbeit der Redaktion zu behindern. 3. Die Redaktion ist nicht verpflichtet, die Arbeit der Redaktion zu behindern. 4. Ja. — S. S. A. 1. Die Frage läßt sich im Briefkasten wegen Mangels an Raum nicht beantworten. 2. Es ist ein unzulässiger Versuch, die Arbeit der Redaktion zu behindern. 3. Die Redaktion ist nicht verpflichtet, die Arbeit der Redaktion zu behindern. 4. Ja. — S. S. A. 1. Die Frage läßt sich im Briefkasten wegen Mangels an Raum nicht beantworten. 2. Es ist ein unzulässiger Versuch, die Arbeit der Redaktion zu behindern. 3. Die Redaktion ist nicht verpflichtet, die Arbeit der Redaktion zu behindern. 4. Ja. — S. S. A. 1. Die Frage läßt sich im Briefkasten wegen Mangels an Raum nicht beantworten. 2. Es ist ein unzulässiger Versuch, die Arbeit der Redaktion zu behindern. 3. Die Redaktion ist nicht verpflichtet, die Arbeit der Redaktion zu behindern. 4. Ja. — S. S. A. 1. Die Frage läßt sich im Briefkasten wegen Mangels an Raum nicht beantworten. 2. Es ist ein unzulässiger Versuch, die Arbeit der Redaktion zu behindern. 3. Die Redaktion ist nicht verpflichtet, die Arbeit der Redaktion zu behindern. 4. Ja. — S. S. A. 1. Die Frage läßt sich im Briefkasten wegen Mangels an Raum nicht beantworten. 2. Es ist ein unzulässiger Versuch, die Arbeit der Redaktion zu behindern. 3. Die Redaktion ist nicht verpflichtet, die Arbeit der Redaktion zu behindern. 4. Ja. — S. S. A. 1. Die Frage läßt sich im Briefkasten wegen Mangels an Raum nicht beantworten. 2. Es ist ein unzulässiger Versuch, die Arbeit der Redaktion zu behindern. 3. Die Redaktion ist nicht verpflichtet, die Arbeit der Redaktion zu behindern. 4. Ja. — S. S. A. 1. Die Frage läßt sich im Briefkasten wegen Mangels an Raum nicht beantworten. 2. Es ist ein unzulässiger Versuch, die Arbeit der Redaktion zu behindern. 3. Die Redaktion ist nicht verpflichtet, die Arbeit der Redaktion zu behindern. 4. Ja. — S. S. A. 1. Die Frage läßt sich im Briefkasten wegen Mangels an Raum nicht beantworten. 2. Es ist ein unzulässiger Versuch, die Arbeit der Redaktion zu behindern. 3. Die Redaktion ist nicht verpflichtet, die Arbeit der Redaktion zu behindern. 4. Ja. — S. S. A. 1. Die Frage läßt sich im Briefkasten wegen Mangels an Raum nicht beantworten. 2. Es ist ein unzulässiger Versuch, die Arbeit der Redaktion zu behindern. 3. Die Redaktion ist nicht verpflichtet, die Arbeit der Redaktion zu behindern. 4. Ja. — S. S. A. 1. Die Frage läßt sich im Briefkasten wegen Mangels an Raum nicht beantworten. 2. Es ist ein unzulässiger Versuch, die Arbeit der Redaktion zu behindern. 3. Die Redaktion ist nicht verpflichtet, die Arbeit der Redaktion zu behindern. 4. Ja. — S. S. A. 1. Die Frage läßt sich im Briefkasten wegen Mangels an Raum nicht beantworten. 2. Es ist ein unzulässiger Versuch, die Arbeit der Redaktion zu behindern. 3. Die Redaktion ist nicht verpflichtet, die Arbeit der Redaktion zu behindern. 4. Ja. — S. S. A. 1. Die Frage läßt sich im Briefkasten wegen Mangels an Raum nicht beantworten. 2. Es ist ein unzulässiger Versuch, die Arbeit der Redaktion zu behindern. 3. Die Redaktion ist nicht verpflichtet, die Arbeit der Redaktion zu behindern. 4. Ja. — S. S. A. 1. Die Frage läßt sich im Briefkasten wegen Mangels an Raum nicht beantworten. 2. Es ist ein unzulässiger Versuch, die Arbeit der Redaktion zu behindern. 3. Die Redaktion ist nicht verpflichtet, die Arbeit der Redaktion zu behindern. 4. Ja. — S. S. A. 1. Die Frage läßt sich im Briefkasten wegen Mangels an Raum nicht beantworten. 2. Es ist ein unzulässiger Versuch, die Arbeit der Redaktion zu behindern. 3. Die Redaktion ist nicht verpflichtet, die Arbeit der

